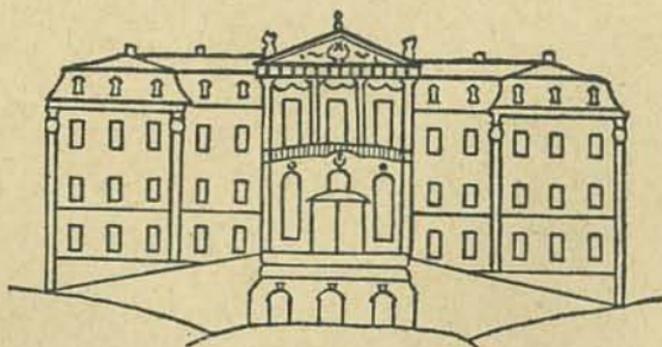


Hefte aus Burgscheidungen

Günter Wirth

**Vom Schicksal christlicher Parteien
1925 - 1934**

Eine vergleichende Studie



109

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung
der Christlich-Demokratischen Union

Hefte aus Burgscheidungen

Günter Wirth

**Vom Schicksal christlicher Parteien
1925 - 1934**

Eine vergleichende Studie

1964

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung
der Christlich-Demokratischen Union

Vorwort

Mitte Januar 1963 fand in der Münchener „Katholischen Akademie“ eine Tagung über das Wesen des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik statt. In der Hamburger „Welt“ vom 23. Januar 1963 war in einem Bericht über diese Tagung, und zwar im Blick auf eine Rede Dr. Schäffers, zu lesen:

„Zwei Stunden lang hatte Fritz Schäffer die Geschichte der von ihm geführten Bayrischen Volkspartei von 1919 bis 1933 dargelegt. Einmal erhob er dabei die Stimme zu dem Satz: ‚Wir haben jede Koalition mit den Nationalsozialisten abgelehnt.‘ Kein Wort aber fiel im breiten Strom der persönlichen Erinnerungen über das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933.

Die dreihundert Teilnehmer dieser Tagung über das politische Wirken der Katholiken und das Schicksal der Weimarer Republik in der Münchener Katholischen Akademie wollten aber gerade über diesen ‚schwarzen Tag‘ etwas wissen. Schäffer wurde in der Diskussion gestellt. Er antwortete schließlich: ‚Das Ermächtigungsgesetz ist mit den Stimmen auch der Bayrischen Volkspartei angenommen worden. Der Entschluß fiel sehr schwer. Ich hatte vorher mit Brüning darüber gesprochen, ob nicht alle katholischen Abgeordneten des Zentrums und der BVP einfach ihr Mandat niederlegen sollten.‘

Der 74jährige ehemalige Bundesfinanz- und Bundesjustizminister hörte Zischen und Scharren im Saal, als er fortfuhr: ‚Das war praktisch unmöglich, Über 100 Abgeordnete hätten sich dazu entschließen müssen . . . Das hätte zum Eingreifen Hitlers geführt. Die Frage war, ob wir dem Ermächtigungsgesetz zustimmen oder unsere Existenz aufs Spiel setzen sollten. Wenn ich heute wieder in die gleiche Lage käme, würde ich genauso entscheiden.‘

Empörung stand im Gesicht manches Zuhörers.“

Es war kein Wunder, daß Prof. Leiber, der ehemalige Privatsekretär des Kardinalstaatssekretärs Pacelli, des späteren Papstes Pius XII., Schäffer einerseits zu Hilfe kam, andererseits aber alles unternahm, um die „Schuld“ an den Folgen des Ermächtigungsgesetzes und der Zustimmung der Zentrumsparlei zu ihm auf den deutschen Katholizismus abzuschieben. Nach dem Bericht der „Welt“ erinnerte sich Prof. Leiber:

„Brüning war dagegen (gegen das Ermächtigungsgesetz, G. W.), der Zentrumsvorsitzende Prälat Kaas dafür. Pacelli vermied peinlich jede Einmischung . . .“

Selbst der Berichterstatter der großbürgerlichen „Welt“ muß allerdings fragen:

„War das Ja des Zentrums in dieser entscheidenden Abstimmung die Vorauszahlung für das spätere Reichskonkordat? Kam Kaas damals nach der Annahme des Gesetzes mit einer Zusage Hitlers in die Heilige Stadt? Hatte am Ende doch der katholische Klerus die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz empfohlen, damit das Konkordat mit Hitler unter Dach und Fach gebracht werden konnte?“

In der Münchener Tagung versuchte Prof. Leiber, auf alle diese Fragen mit einem apodiktischen „Nein“ zu antworten, und noch apodiktischer fügte er hinzu, „weitere Enthüllungen“ zu diesem Thema seien nicht zu erwarten (nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 22. Januar 1963). Leiber entwickelte also schon bei dieser Gelegenheit eine Methode, die er und seinesgleichen, vor allem Prälats Klausener, anlässlich der Westberliner Aufführung des sensationellen Theaterstücks „Der Stellvertreter“ von Rolf Hochhuth anwandten, nämlich die der Bagetellisierung und Verharmlosung der auf die Unterstützung autoritärer Regime orientierten Politik des Kardinalstaatssekretärs Pacelli und späteren Papstes Pius XII. — eine Politik, deren folgenreiche Konsequenzen heute abzubauen das schwierige Werk friedliebender und fortschrittlicher Katholiken in der Welt, nicht zuletzt aber auch einsichtiger und realistischer Kreise im Vatikan ist.

Es ist daher außerordentlich interessant, daß sich auf einer anderen westdeutschen Tagung über den antifaschistischen Widerstand, und zwar im November 1963 in der Herbsttagung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Tutzing, ein junger katholischer Theologe, Professor Pater Eckert (Köln), über die Problematik des katholischen Widerstandes geäußert hat. Nach einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 19. November 1963 bezeichnete Professor Eckert die Beschränkung der Kirche auf den kulturpolitischen Sektor, wie sie vom Reichskonkordat von 1933 vorgenommen worden sei, als „verhängnisvoll“:

„Eine antidemokratische und antiliberalen Tradition der Kirche habe einer Entwicklung vorgearbeitet, die Hitler das unverdiente Geschenk einer politischen Anerkennung durch die katholische Kirche in den Schoß warf. Pius XII. habe der Demokratie mit Vorbehalt gegenübergestanden und aus seiner Vorliebe für autoritäre Regierungsformen kaum ein Hehl gemacht.“

Die folgende Studie will den Versuch unternehmen, einige Hintergründe dieser Politik, die direkt und indirekt mit Pacelli-Pius XII. verbunden ist, aufzudecken, und zwar anhand solchen Materials, das in der bürgerlichen Publizistik der damaligen Zeit ausgebreitet oder von bürgerlichen Historikern in der Rückschau aufbereitet worden ist. Sie kann gleichzeitig einige Elemente der spezifischen Entwicklung bürgerlicher katholischer Parteien im Zeitalter des Imperialismus beleuchten.

Günter Wirth

I

Das Wesen des Klerikalismus kann man dahingehend bestimmen, daß er eine Ideologie und ein Programm der Klerikalisierung des gesellschaftlichen Lebens im Sinne einer Konfession ist. Der Unterschied zwischen dem Klerikalismus und dem politischen Klerikalismus, von dem wir heute im Blick auf Westdeutschland mit Betonung sprechen, besteht — unter systematischen Gesichtspunkten betrachtet — darin, daß der politische Klerikalismus nicht eine Ideologie und ein Programm der Klerikalisierung des gesellschaftlichen Lebens schlechthin ist. Durch ihn wird vielmehr der Prozeß der im Effekt überkonfessionellen Klerikalisierung der Gesellschaft in den Dienst übergeordneter politischer und ökonomischer Mächte gestellt und dem Erreichen solcher Ziele untergeordnet, die für die klerikalen wie für die übergeordneten gesellschaftlichen Mächte im Kampf um die Herrschaft die entscheidenden sind. Diese Mächte sind die des Monopolkapitals, des Großgrundbesitzes und der geistigen Reaktion.

Wenn damit das Wesen des politischen Klerikalismus formelhaft bestimmt ist, so erhebt sich nun die Frage, in welchen Formen er sich realisiert. Sowohl die klerikalen Mächte als auch die der Monopole und des Großgrundbesitzes können in bestimmten Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung für das Erreichen ihrer Ziele bürgerliche Parteien, zumal christliche, benutzen; sie können aber auch in anderen Phasen der Entwicklung diese Instrumente beiseite werfen und nach dem Aufbau autoritärer, faschistischer Systeme streben.

In welchen Formen sich der politische Klerikalismus realisiert, hängt von den Kräfteverhältnissen in der Welt und in dem betreffenden Land, hängt also vom historischen Ort des politischen Klerikalismus ab. Waren Tendenzen des Klerikalismus in der Entwicklung des Kapitalismus und Imperialismus bis 1917 in verschiedenen europäischen und lateinamerikanischen Ländern als vorübergehende Erscheinungen zu beobachten, so wurden sie in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu einer relativ stabilen Massenerscheinung. Der politische Klerikalismus ist demgegenüber eine Erscheinung, die in den imperialistischen Ländern sowie in halbfeudalen Staaten in der zweiten und dritten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus zu finden ist.

Was Westdeutschland betrifft, so realisierte und realisiert sich der politische Klerikalismus in den Herrschaftsformen einer

großbürgerlich-„christlichen“ Partei, der Christlich-Demokratischen Union. Es kann aber durchaus sein, daß an die Stelle der Herrschaft dieser Partei andere Herrschaftsformen treten. Darauf hat schon Herbert Bertsch in seiner Monographie über die CDU/CSU hingewiesen, wenn er erklärte, daß der Zustand der „inneren Identifikation, die in der Personalunion des Diktators über Partei und Regierung sichtbaren Ausdruck“ finde, eine „Existenzgefahr für die Partei“ bedeute, da in „einer neuen Situation . . . die Partei sich vor den Zerfall gestellt sehen könnte“.¹

Gewisse Erscheinungen in der augenblicklichen Entwicklung in Westdeutschland lassen diese Hypothese, die übrigens schon vorher von Generalsekretär Gerald Götting in einem Aufsatz für das theoretische Organ der italienischen Kommunistischen Partei „Rinascita“² vertreten worden ist, als außerordentlich aktuell erscheinen: Man denke nur an die innenparteilichen Debatten in der CDU/CSU über die „Parteireform“, man denke an die Konstituierung des „Petrakreises“³ in München und man denke vor allem an die Drohung des staatspolitischen Arbeitskreises des Zentralkomitees der westdeutschen Katholiken auf dessen Freiburger Tagung Anfang April 1962:

„Der Arbeitskreis wies besonders auf die gesellschaftspolitischen Konflikte innerhalb der CDU bei der Aufstellung der Kandidatenlisten hin. Diese Partei, so wurde festgestellt, sei in ihrem Kampf um die Mehrheit auf Wählergruppen angewiesen, deren politisches Votum nicht aus christlicher Überzeugung resultiere. In diesem Zusammenhang warnte der Arbeitskreis jedoch die Christlichen Demokraten vor dem Trugschluß, den Katholiken bleibe im Ernstfall doch keine andere Möglichkeit, als CDU/CSU zu wählen, und man könne daher katholische Repräsentanten bei der Aufstellung von Landeslisten unbesorgt ignorieren.“⁴

Unter diesem Aspekt interessiert die Frage, ob sich auch schon in der ersten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Zuordnung und Kollaboration von Klerikalismus und politischer Reaktion Erscheinungen finden, die vergleichsweise herangezogen und zur Erhellung dieser aktuellen Problematik in der zweiten und dritten Phase der allgemeinen Krise dienen können.

II

Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution kann keine Äußerung zu sozialen Fragen, kann kein sozialpolitisches Programm richtig eingeschätzt werden, wenn man es nicht an den Maßstäben der Oktoberrevolution mißt. Es ist in diesem

¹ Herbert Bertsch, „CDU/CSU demaskiert“, Berlin, 1961, S. 547

² vgl. „Rinascita“, Rom, 4/1960

³ vgl. z. B. „Christ und Welt“ vom 10. August 1962

⁴ „Die Welt“ vom 13. April 1962

Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die fortschrittliche politische Orientierung unserer Partei auf dem 5. Parteitag 1950 und die umfassende und zutreffende Würdigung der Oktoberrevolution durch unsere Partei (in der Erklärung des Hauptvorstandes vom 7. November 1950)⁵ unmittelbar miteinander zusammenhängen.

Es ist also notwendig, nach dem 7. November 1917 alle Aussagen etwa der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik an den Ergebnissen der Oktoberrevolution zu messen bzw. deren Entwicklung in jener Zeit mit den Veränderungen in der Welt zu konfrontieren, die sich aus der Sozialistischen Oktoberrevolution ergeben haben. Mit anderen Worten heißt das also: Wir müssen untersuchen, wie sich die katholische Soziallehre (und auf die soll sich die Analyse konzentrieren) in der ersten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus entfaltetete, welchen Charakter sie annahm und welche spezifischen Vorschläge sie für das gesellschaftliche Leben ausarbeitete.

Bezog Leo XIII. in seiner Enzyklika im Grunde nur die „Arbeiterfrage“ in seine Überlegungen ein, so nannte Pius XI. seine Enzyklika „Quadragesimo anno“ programmatisch: „Über die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft“.⁶ Diese Enzyklika hat also von vornherein einen universalen Charakter; sie tritt mit dem Anspruch auf, das Gesamtproblem der gesellschaftlichen Ordnung zu berücksichtigen und alle Fragen des gesellschaftlichen Lebens zu beantworten.

Papst Pius XI. mußte dabei einerseits die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution berücksichtigen, mit der natürlich ein Aufschwung der internationalen Arbeiterbewegung verbunden war; andererseits konnte er einige für den Klerikalismus günstige Momente in seine Überlegungen einbeziehen. Dabei handelte es sich vor allem um die folgenden Faktoren:

1. eine gewisse Aufwertung des Ansehens und der Glaubwürdigkeit des Katholizismus, insbesondere durch die Friedensaktion des Papstes im Jahre 1917⁷; diese Aktion wurde nach dem ersten Weltkrieg mit Nachdruck und Emphase propagiert, wodurch die Kriegspredigten der katholischen Militärpfarrer und die tiefgreifende, die Dimensionen der geistlichen Auseinandersetzung verlassende Streitigkeit zwischen

⁵ „Dokumente der CDU“, Bd. 1, Berlin 1956, S. 89 f.

⁶ Der amtliche deutsche Text beider Enzykliken erschien in fünfter Auflage 1935 bei Bachem, Köln

⁷ vgl. Fritz Klein, „Deutschland 1897/98 bis 1917“, Berlin 1961, S. 360 f. bzw. Eduard Winter, „Rußland und das Papsttum“, Teil II, Berlin 1961, S. 605 f. bzw. Dr. E. Benesch, „Der Aufstand der Nationen“, Berlin 1928, S. 303 ff.

dem französischen und dem deutschen Episkopat vergessen gemacht werden sollten;⁸

2. die Beseitigung der Konsequenzen, die sich aus dem Kulturkampf in Deutschland und in Italien ergeben hatten, in Italien bis hin zur Lösung der sogenannten „Römischen Frage“ durch den Lateran-Vertrag;
3. das Vordringen des Katholizismus in Nordamerika.

Die Antwort des politischen Katholizismus auf die Oktoberrevolution war die Verschärfung und Verstärkung seines anti-kommunistischen Kampfes, der nun natürlich einen spezifisch antisowjetischen Akzent erhielt. Wir können dabei z. B. nicht übersehen, mit welchen Mitteln der Klerikalismus im Jahre 1930 eine wüste antisowjetische Kampagne entfachte⁹, und zwar – und das ist höchst aktuell für uns – im Zusammenhang mit der stürmischen Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der UdSSR.

Es war im Jahre 1930, als sowohl von Rom als auch von allen Zentralen des protestantischen Klerikalismus aus eine Resolution nach der anderen zur Verleumdung der Sowjetunion angenommen wurde. In Deutschland tat sich damals auf diesem Gebiet der Generalsuperintendent der Kurmark hervor; er hieß Otto Dibelius, und er ist heute, wie wir wissen, der Repräsentant des NATO-Flügels in der EKD. Ein anderes Beispiel für die antisowjetische Kampagne in jener Zeit war der Versuch, auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag in Nürnberg eine Resolution zur Verleumdung der Sowjetunion durchzusetzen. Daß dies nicht gelang, war das Verdienst des Repräsentanten der religiösen Sozialisten innerhalb dieses höchsten Gremiums des Protestantismus in Deutschland in jener Zeit; er hieß Erwin Eckert, und er ist heute führendes Mitglied der westdeutschen Friedensbewegung. Man sieht, wie interessant und aktuell historische Betrachtungen sein können!¹⁰

Diese Antwort des Klerikalismus in der Negation war verbunden mit der Ausnutzung der vorhin charakterisierten, für ihn relativ günstigen Konstellation, und zwar dadurch, daß er eine Allianz zwischen den auf der katholischen Soziallehre aufbauenden Gruppierungen und nationalistischen politischen Strömungen herstellte. Im direkten Gefolge der Enzyklika „Quadragesimo anno“ versuchten die Kräfte des Klerikalismus den Aufbau einer berufsständischen Ordnung in autoritär regierten bürgerlichen bzw. halbfeudalen Staaten, die von den Ideologen des Klerikalismus, trotz einiger kritischer Einschränkungen, als Leitbild für die Verwirklichung der Prinzipien der

⁸ vgl. etwa: „Deutsche Kultur, Katholizismus und Weltkrieg“, herausgegeben von Prof. Georg Pfeilschifter, Freiburg i. B. 1916, und „Süddeutsche Monatshefte“, München, 2/1915, S. 161 ff.

⁹ Albert Norden, „Fälscher“, Berlin 1959 bzw. 1963 (3. Auflage)

¹⁰ vgl. etwa „Frankfurter Zeitung“ vom 6. Juli 1930 (Aufsatz von Martin Rade) sowie mündliche Mitteilungen Erwin Eckerts

Enzyklika „Quadragesimo anno“ hingestellt wurde. Schon 1931 schrieb dazu der Jesuitenpater Gustav Gundlach in einem Kommentar zu „Quadragesimo anno“:

„Papst Pius XI. weist in diesem Zusammenhang, ohne das Land ausdrücklich zu nennen, auf Italien und das faschistische Gesellschaftssystem hin.“¹¹

Und es war der Dominikanerpater Welty, der in der Rückschau auf diese Zeit 1953 schrieb:

„Der Faschismus hat sich“ („im Gegensatz zu Bolschewismus und Nationalismus“) „am meisten vor den Auswüchsen totalitärer Gewalt zu hüten gewußt.“

Über den autoritären Staat aber verkündete derselbe Repräsentant des heutigen politischen Klerikalismus:

„Der autoritäre Staat (Spanien, Portugal, G. W.) anerkennt und achtet höhere Gewalt und höhere Rechte über sich, deren Freiheit bzw. Geltung er verbürgt (Gewalt und Recht Gottes, der Kirche, Volksgemeinschaft). Weil und insofern er das tut, ist er nicht totalitär . . .“¹²

Die Propagierung der berufsständischen Ordnung und die Hinwendung der Ideologen des Klerikalismus zu reaktionären nationalistischen Strömungen trugen in den zwanziger und dreißiger Jahren maßgeblich zur Herausbildung autoritärer Systeme in zahlreichen Staaten Europas bei. Allerdings kam es zumeist nur in solchen Staaten zu derartigen autoritären Systemen, die ihrer sozialökonomischen Basis nach noch als halbfeudale Staaten zu betrachten waren – also Staaten, in denen es kaum eine entwickelte Arbeiterklasse gab, ganz zu schweigen von einer organisierten Arbeiterbewegung. Eine gewisse Ausnahme machte Italien, obwohl natürlich auch der Süden Italiens (bis heute) als im wesentlichen „feudalistisches“ Gebilde zu betrachten ist. Eine weitere Besonderheit jener autoritären Systeme bestand darin, daß der Klerikalismus im allgemeinen noch mit dem politischen Katholizismus identisch war.

Solche Entwicklungen ergaben sich außer in Italien in der Folgezeit in Österreich, in Polen, in Spanien, in Portugal und in Ungarn. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in Österreich, weshalb der sogenannte Austrofaschismus von Dollfuß in eindeutiger Weise als Klerikalfaschismus zu definieren ist. Offenbar waren sich über diese Tatsache unmittelbar nach dem Kriege sogar die reaktionärsten Kräfte in der katholischen Kirche im klaren, denn in dem ausgesprochen monarchistischen „Neuen Abendland“ wurde geschrieben:

„Schließlich bräucht die berufsständische Ordnung ihres Namens sich nicht zu schämen – und das selbst nicht einmal in Österreich,

¹¹ Gustav Gundlach SJ, „Die Kirche zur heutigen Wirtschafts- und Gesellschaftsnot“, Berlin 1949 (Neuaufgabe), S. 42

¹² Eberhard Welty, „Herders Sozialkatechismus“, II. Bd., Freiburg i. B. 1953, S. 247 bzw. S. 252

wo bekanntlich der berufsständische Gedanke von der Gladbacher Richtung . . . im Sinne des faschistischen Ständestaats mißbraucht worden ist.¹³

Den Ideologen des Klerikalismus und den reaktionären Politikern in jener Zeit war natürlich klar, daß sie noch keine entscheidende Tat für die Sicherung der bürgerlichen Ordnung und aller anderen reaktionärer Systeme geleistet hatten, wenn es ihnen nicht gelang, in jenen Staaten Fuß zu fassen, die eine hochentwickelte Industrie hatten, die also die eigentlich führenden kapitalistischen Staaten waren. Daher konzentrierte sich die Aufmerksamkeit des Klerikalismus gerade auch in jener Zeit in immer stärkerem Maße auf Deutschland.

Auch in Deutschland hatten sich schon in der Mitte der zwanziger Jahre im Milieu des politischen Katholizismus Tendenzen herausgebildet, die autoritäre Züge zeigten (Orientierung auf den Ständestaat!). Im ideologischen Bereich muß hierbei der Name von Othmar Spann genannt werden, im Bereich der praktischen Politik der Name von Konrad Adenauer. Es war der linksbürgerliche badische Staatspräsident Professor Dr. Dr. Willy Hellpach, der 1926 (im Hinblick auf eine gescheiterte Kandidatur Adenauers als deutscher Reichskanzler) schrieb:

„Adenauer wäre die Fortsetzung der direkten Demokratie gewesen, ja, vermutlich ihre Steigerung, denn es ist anzunehmen, daß der Oberbürgermeister von Köln die reichspolitische Mission des nichtparlamentarischen Staatsmannes mit starkem Bewußtsein ihrer Besonderheit und ihrer Tradition auf sich genommen und durchgeführt hätte . . .“¹⁴

Diese Tendenzen kamen damals freilich nicht zum Zuge. Auch der offen für den Faschismus votierenden Strömung innerhalb der Zentrumsparterie unter Führung des späteren Reichskanzlers von Papen gelang es nicht, die Ziele zu erreichen, die ihm der Klerikalismus und das Monopolkapital gestellt hatten. Daher setzten beide ihre Hoffnung auf den sogenannten Nationalsozialismus.

Soviel zur allgemeinen Charakteristik der Situation Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre. Es sei nun der Versuch gestattet, an Hand von Quellenmaterial bürgerlicher Historiker die Einzelheiten der Liquidierung der christlichen Parteien in Italien, in Deutschland und in Österreich in jener Zeit zu erörtern. Diese Darstellung wird zeigen, daß schon damals die „christliche Demokratie“ — selbst in solchen organisatorischen Formen, die als ausgesprochen sozial-demagogisch betrachtet werden müssen — den Interessen der politisch-gesellschaftlichen Reaktion und des Klerikalismus geopfert wurde, wenn das Erreichen der übergeordneten politischen Ziele dies erforderlich machte.

¹³ „Neues Abendland“, Augsburg, 11/47

¹⁴ Zitiert nach „Politisches Jahrbuch 1926“, Mönchen-Gladbach 1927, S. 64

III

Der Prozeß der Unterordnung christlicher Parteien unter die Pläne des Klerikalismus und die Herausarbeitung einer Koalition zwischen Klerikalismus und Faschismus ist am genauesten in Italien zu beobachten, also in jenem Staat, in dem der Faschismus zuerst die Macht erobert und ein autoritäres Herrschaftssystem entfalten konnte. Die Untersuchung der italienischen Verhältnisse in den zwanziger Jahren unter diesem Aspekt ist auch aus einigen anderen Gründen außerordentlich instruktiv, da Italien eines der wichtigsten katholischen Länder ist, da sich auf seinem Territorium der Vatikan befindet, da hier das Verhältnis von Nationalismus und Liberalismus einerseits und von Nationalismus und Klerikalismus andererseits sozusagen in Reinkultur zu studieren ist.

Wie in Frankreich, war auch in Italien bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts ein starker laizistischer Staat vorhanden, der von der katholischen Kirche im Grunde nicht anerkannt wurde, dem die Katholiken ihre Unterstützung verweigern sollten. „Eine Generation lang nach der Einigung Italiens und dem Ende der päpstlichen Staaten verblieben die Hauptkräfte der Katholiken Italiens unter der direkten Autorität der Kirche, und zwar bis 1904 durch die Kongreßbewegung und dann nach einem kurzen Interregnum durch das, was jetzt Katholische Aktion genannt wurde. Im Prinzip bestand ihre Haupt Sorge in der Frage der weltlichen Gewalt, und ein förmlicher Bann . . . wurde von einigen Päpsten hintereinander auf die Beteiligung der Katholiken an der nationalen italienischen Politik gelegt.“¹⁵

Während die konservativen Katholiken auf diesen Positionen beharrten, entstanden zu Beginn unseres Jahrhunderts, zumal in Venetien, christlich-demokratische Strömungen, von denen die eine (unter Führung von F. Meda) eine Koalition mit den liberalen Kräften anstrebte, während eine andere, unter Führung von R. Murri, ihre „christlich-demokratischen“ Tendenzen sehr stark mit theokratischen Auffassungen und mit dem Streben nach einer korporativen Gestaltung der Gesellschaft verband. Das Programm der letzteren Gruppe, der sogenannten „Jungen Christlichen Demokraten“, wurde 1899 in Turin veröffentlicht. Im Punkt 1 dieses Programms hieß es:

„Wir verlangen die schrittweise Organisation der Gesellschaft in korporative Verbände für jeden Berufsstand, autonom, umfassend, gesetzlich.“¹⁶

So sehr Murri mit diesen Auffassungen Tendenzen der vatikanischen Politik und der katholischen Gesellschaftslehre der dreißiger Jahre vorwegnahm, so sehr wurden diese Auffassungen um 1900 als „modernistisch“ betrachtet und führten zu Anfang unseres Jahrhunderts zu seiner Exkommunikation.

¹⁵ Michael P. Fogarty, „Christliche Demokratie in Westeuropa 1820 bis 1953“, Basel, Freiburg, Wien 1959, S. 386

¹⁶ Dieses und die folgenden Zitate nach: ebenda, S. 372 ff.

Einer der Freunde und Mitarbeiter Murriss war der bekannte sizilianische Geistliche Don Luigi Sturzo, der die 1904, 1909 und 1913 aus „rein diplomatischen Motiven“ lockerer gewordene Haltung des Vatikans ausnutzen konnte, um nach dem Aufbau einer „akonfessionellen, sozial fortschrittlichen Partei christlicher Inspiration“ zu streben. Ihm gelang es auch, die mit dem Liberalismus verbundene Strömung Medas, die durch den sogenannten „Gentiloni-Pakt“ (ein Wahlbündnis von Katholiken und Liberalen) im Jahre 1913 eine wachsende Bedeutung erreicht hatte, in seine Pläne einzubeziehen.

1918 wurde die „Italienische Volkspartei“ von Don Sturzo gegründet, nachdem Papst Benedikt XV. durch den Verlauf der geschichtlichen Entwicklung gezwungen worden war, die Bildung von christlichen Gewerkschaften und ähnlichen Organisationen aus der kirchlichen Kontrolle zu befreien, und nachdem die katholischen Liberalen, mit Meda an der Spitze, der Gründung dieser Partei zugestimmt hatten. 1921 schlossen sich auch die Führer der christlichen Gewerkschaften und Genossenschaften der Italienischen Volkspartei (PPI) an, unter ihnen Achille Grandi und der spätere (bis 1962 amtierende) italienische Staatspräsident Giovanni Gronchi. Bei den Wahlen von 1919 erhielt diese Partei 100 Sitze.

„Die Volkspartei war . . . föderalistisch und stark interessiert an der Gemeindeverwaltung und der regionalen Dezentralisation . . . Wie die Sozialisten trat sie für soziale Sicherheit ein, für eine nationale Investierungspolitik und die Ehrenrettung der unterdrückten Gebiete Italiens.“ Auf dem 1. Parteikongreß dieser Partei führte Sturzo aus,

„es sei gefährlich, die Kirche in die Fehler und Vorurteile der Politik zu verwickeln, es sei auch gefährlich, den Katholizismus oder die Verteidigung der kirchlichen Anliegen zur Grundlage der Unterscheidung der Partei zu machen, denn das würde der Partei Katholiken zuführen, von denen man nicht annehmen könne, daß sie das sozial-wirtschaftliche oder demokratische Programm, das doch tatsächlich wesentliches Merkmal der PPI sei, akzeptieren würden . . .“

Es war offensichtlich, daß die programmatische und praktische Linie dieser Partei vor ihrer Bewährungsprobe stand, als sich der Faschismus in Italien immer weiter ausbreitete.

„1924, als der Faschismus vor seinem Endsieg stand, kam die Gelegenheit für eine Verständigung zwischen PPI und Sozialisten. Aber hier schritt der Vatikan ein. Die kirchlichen Stellen hatten keine direkte Macht mehr, sich unmittelbar in die PPI einzumischen. Aber sie hatten noch beträchtlichen Einfluß . . . Die kirchlichen Stellen waren weniger an der christlichen Demokratie interessiert und waren sich der Gefahren des Rechtstotalitarismus nicht so bewußt wie später.“

Diese Formulierungen des Engländers Fogarty sind sehr vorsichtig. Das Urteil des bekannten italienischen Historikers S. Jacini, der selbst ein Führer der PPI war, ist wesentlich härter. In seinem 1951 erschienenen Buch über die „Geschichte

der Italienischen Volkspartei“ schreibt Jacini über Papst Pius XI., der 1922 Papst Benedikt XV. gefolgt war:

„Der neue Papst war, das darf man nicht vergessen, von Haus aus typischer Lombarde und Konservativer. Als Lombarde hatte er in seiner Jugend den bedauerlichen Konflikt zwischen intransigenten und liberalen Katholiken in Mailand erlebt und kam so dazu, vor allem Aussöhnung, politische und gesetzliche, mit dem Staat zu erstreben; eine direkte Erneuerung der Fühlungnahme, in der die Existenz einer selbständigen katholischen Partei unter gewissen Umständen helfen, aber auch hinderlich sein konnte. Als Konservativer konnte er nie ein gewisses Mißtrauen gegenüber der christlichen Demokratie, deren konkreter politischer Ausdruck die PPI auf ihre Weise war, verhehlen. Zu diesem Vorurteil kam ein geradezu physischer Horror vor dem Bolschewismus . . . und daher eine instinktive Sympathie für jene Kräfte, wie sie auch immer sein mochten, die sich dem Bolschewismus am energischsten und tatkräftigsten zu widersetzen schienen. All dies . . . mag erklären, daß Pius XI. im ersten Teil seines Pontifikats den Ansichten derer ein Ohr lieh, die in dem aufgehenden Stern des Faschismus vor allem die Niederlage des traditionellen Liberalismus sahen; und daß er die Elemente in der Kirche unterstützte, die der sich entwickelnden Diktatur nicht feindlich gegenüberstanden, und die kleine Gruppe in der PPI, die sich ihr am wenigsten widersetzte.“¹⁷

Nachdem Fogarty diese Ausführungen Jacinis zitiert hat, hebt er noch einmal klarer hervor:

„Es wurde trotz der faschistischen Drohung mehr als einmal klargemacht, daß vom Standpunkt der Kirche aus die PPI verbraucht war. Und in dem Augenblick, als eine Verständigung mit den Sozialisten möglich schien, schritt die Kirche förmlich dagegen ein.“¹⁸

Am 16. Januar 1926 wurde die Italienische Volkspartei praktisch liquidiert, als ihre parlamentarische Gruppe „in der Deputiertenkammer von den Faschisten geschlagen und, ganz wörtlich, hinausgeworfen wurde“.¹⁹ Der Gründer dieser Partei, Don Sturzo, befand sich zu diesem Zeitpunkt schon im Exil und bekämpfte das faschistische italienische System aus dem Ausland. Andere Führer der PPI dagegen versöhnten sich mit dem Faschismus, darunter G. Gronchi, der eine Zeitlang sogar Staatssekretär im ersten Kabinett Mussolinis war. Tambroni, der im Jahre 1960 durch sein Bündnis mit den Neofaschisten von sich reden machte, schrieb an Mussolini einen Ergebenheitsbrief, und Fanfani war an der Ausarbeitung des faschistischen Korporationssystems beteiligt.²⁰

Aus diesen Darlegungen, die im wesentlichen den Quellenstudien des englischen Historikers der „christlichen Demokratie“ in Westeuropa, Fogarty, und zeitgenössischen Pressestim-

¹⁷ Jacini, „Storia del Partito popolare Italiano“, 1951, S. 115 f.

¹⁸ a. a. O., S. 376

¹⁹ ebenda

²⁰ Nach mündlichen Mitteilungen des linkskatholischen italienischen Publizisten Umberto Zappulli

men²¹ folgen, geht hervor, daß der Vatikan in zweierlei Hinsicht in die Politik der PPI intervenierte: Sie durfte keine Einheitsfront mit den Sozialisten gegen den italienischen Faschismus bilden, und die Partei wurde als „verbraucht“ angesehen und zur Liquidation freigegeben, als sie sich im ganzen weigerte, den profaschistischen Tendenzen im Vatikan zu folgen.²²

Dieser Sachverhalt wird auch von anderen Historikern bestätigt. In einem 1932 erschienenen Sammelband „Demokratie und Partei“ betonte ein Verehrer des faschistischen Systems wie Prof. Dr. Wolfango Ludovico Stein, ein wichtiger Gegenspieler des Faschismus in Italien sei die Katholische Volkspartei gewesen, „die – weit stärker als etwa das deutsche Zentrum – in der demokratisch-parlamentarischen Gedankenwelt Wurzel gefaßt hatte. Eine Auseinandersetzung mit den Popolari war daher auf die Dauer unvermeidlich.“²³ Zum Anlaß dieser Auseinandersetzungen nahm Mussolini eine Plattform, die das sogenannte Proporz-System verdrängen sollte. „Das neue Wahlgesetz bestimmte . . . daß der Liste, die die stärkste Stimmenzahl auf sich vereinigte, zwei Drittel der Mandate zufallen sollten, während sich in das dritte Drittel . . . die übrigen Parteien proportional ihrer Stärke teilen durften.“²⁴ Das war mit anderen Worten das italienische „Ermächtigungsgesetz“.

Nachdem dieses Gesetz von der italienischen Kammer angenommen worden war, allerdings bei Stimmhaltung von 79 Mitgliedern der PPI, trat der antifaschistische Führer der „Popolari“, Don Sturzo – „ein süditalienischer Priester, der ja als Verbannter in Paris lebt . . .“²⁵, zurück. Stein fügt dieser Feststellung eine aufschlußreiche Ergänzung hinzu: „Möglicherweise (trat Don Sturzo zurück. G. W.) auf einen Druck des Vatikans hin, der vom Faschismus offenbar viel erwartete und sich – wie der Lateran-Pakt beweist – in dieser Erwartung nicht getäuscht hat. Die Preisgabe Don Sturzos und der Popolari hat jedenfalls den Weg zum Frieden zwischen Staat und Kirche in Italien geebnet.“

²¹ vgl. etwa „Kölnische Volkszeitung“ vom 9. Januar 1928 und „Germania“ vom 3. April 1928 sowie „Frankfurter Zeitung“ vom 13. Oktober 1927

²² So hatte z. B. die „Kreuzzeitung“ am 3. April 1928 in einem Aufsatz „Faschismus und Vatikan“ festgestellt: „Wenn man in der Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden Mächten seit Oktober 1922 blättert, so findet man zahlreiche Äußerungen des Papstes und hoher kirchlicher Würdenträger, welche eine nahezu überraschende Sympathie des hohen Klerus für Mussolini ausdrückten.“

²³ „Demokratie und Partei“, herausgegeben von Richard Rohden, Wien 1932, S. 268 f.

²⁴ Dieses und die folgenden Zitate: ebenda, S. 269 ff.

²⁵ Übrigens hat Don Sturzo seine Auffassungen zum Faschismus in einem Buch „Italien und der Faschismus“ niedergelegt, das in deutscher Sprache 1927 in Köln erschien. Vgl. „Kreuzzeitung“ vom 23. Dezember 1927.

Die „Wahlen“ vom 6. April 1924, die den Wahlen in Hitler-Deutschland im März 1933 entsprachen, hatten zum Ergebnis, daß die faschistische Gruppe zwei Drittel der Abgeordneten der Kammer umfaßte, „womit ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zum Einparteiensystem vollzogen war“. Stein kommentiert diese Tatsache wie folgt: „Der Partito Popolari schaltete sich jedenfalls als Gegenspieler um so mehr aus, als Mussolini und der Vatikan . . . einander immer näher kamen.“

Bis zum 16. Januar 1926, dem schon erwähnten Tag der Liquidierung der Fraktion der PPI, führte diese Partei unter den Bedingungen des Bündnisses von Vatikan und Mussolini nur noch ein Schattendasein. Ein so aufmerksamer protestantischer Beobachter der zeitgeschichtlichen Entwicklung wie Leonhard Ragaz schrieb dazu in den von ihm herausgegebenen „Neuen Wegen“ im Jahre 1926:

„Er (der italienische Faschismus. G. W.) entspricht gewissen Lösungen Nietzsches, welchen Mussolini tief verehrt. Nietzsche ist ja, wie man weiß, der große Antidemokrat; . . . an Stelle der demokratischen Gleichheit will er eine Hierarchie der Werte und der Stände, eine aristokratische Kastengliederung der Gesellschaft setzen. Von Hierarchie redet darum auch der Faschismus nicht umsonst so viel.

Wenn wir aber von Hierarchie reden, so befinden wir uns in der katholischen Kirche, und in der Tat sehen wir ja, wie der Faschismus mit der römischen Kirche in Verbindung tritt, ihr huldigt, ihr Vorteile einräumt und von ihr dafür einen Guß Weihwasser empfängt. Auch die römische Kirche erscheint als ein autokratisches und autoritäres Prinzip. Sie ist für die Ideologie des Faschismus die Fortsetzung jener römischen Welt mit ihrer Ordnung und Disziplin, ihrer festen, aristokratischen und imperativen Form, deren Erbe der Faschismus seinerseits und auf seine Art antreten möchte. Das Rom des Cäsar und das des Petrus schmilzt in dem phantastischen Traum des Faschismus zum Rom Mussolinis zusammen.

Wir sehen, daß es nicht Religion ist, was Mussolini zu Pius dem Elften, den Faschismus zum Katholizismus zieht. Wie Charles Maurras und Léon Daudet, seine Geistesverwandten von der Action Française (die ihm freilich als Denker weit überlegen sind), verbindet Mussolini Atheismus und Romanismus. Denn er selbst ist durchaus ungläubig, mag er sich auch etwa religiös gebärden und religiöse Formen auf sich nehmen.“²⁶

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte auch Prof. Dr. Hermann Heller, ein sozialdemokratischer Hochschullehrer an der Juristischen Fakultät der Berliner Universität, in seiner Schrift „Europa und der Faschismus“:

„In der praktischen Politik hat Mussolini mit dem Nationalismus auch diesen der Action Française nachgeahmten Als-Ob-Katholizismus übernommen und ihn zur gegenwärtig offiziellen faschistischen Haltung gemacht. Durchaus irrtümlich wäre aber die Meinung, welche diese Anlehnung der faschistischen Diktatur an den Katholizismus allein aus der augenblicklichen italienischen Machtlage erklären wollte. Der politische Einfluß des Vatikans auf das italie-

²⁶ „Neue Wege“, Jahrgang 1926, S. 77 f.

nische Volk sowie die Religiosität des letzteren werden im Ausland meist überschätzt. Schon Macchiavelli bemerkte, daß diejenigen Völker am wenigsten Religion haben, die der römischen Kirche, dem Haupt unseres Glaubens, am nächsten sind (Discorsi I, 12). Daß der liberale italienische Staat sich stark genug erwies, ohne irgendwelche Zugeständnisse an den Vatikan auszukommen, und daß der integrale, totalitäre Staat der fascistischen Diktatur sich zum Lateranpakt vom 11. Februar 1929 verstehen mußte, liegt in der Ideenlosigkeit des Fascismus und in den strukturellen Notwendigkeiten der Diktatur begründet.²⁷

Wenn sich der Vatikan in jener Zeit mit dem Faschismus einließ, so spielten offenbar vor allem zwei Gründe die wichtigste Rolle: einmal die Verbundenheit der konservativen Kräfte in der katholischen Kirche mit dem Faschismus im Kampf gegen den Sozialismus, insbesondere gegen die kommunistischen Parteien und gegen die Sowjetunion. Der andere Hauptgrund war der, daß der Vatikan hoffte, mit Hilfe Mussolinis die sogenannte „Römische Frage“ zu lösen.

Die „Römische Frage“ bestand darin, daß im Jahre 1860 im Prozeß der italienischen Einigung dem Papsttum der größte Teil des Kirchenstaates, nämlich die Romagna, Umbrien und die sogenannten Marken, „enteignet“ worden waren. Dem Papst wurde damals lediglich die Stadt Rom mit ihrer Umgebung als Besitz gelassen. Als im Jahre 1870 das Königreich Italien gegründet worden war, wurde auch Rom in den italienischen Einheitsstaat eingegliedert. Mit einem Gesetz vom 13. Mai 1871 wurde dem Papst „die Heiligkeit und Unverletzlichkeit seiner Person ... und die Exterritorialität seiner Residenzen, des Vatikans, des Laterans und des Landbesitzes Castel Gandolfo“²⁸ zugesprochen. Diese „Römische Frage“ war in der Folgezeit ein Gegenstand heftigster innenpolitischer Konflikte (und im übrigen die vatikanische Begründung für die zu Beginn dieses Abschnitts erwähnte Mahnung an die italienischen Katholiken, sich nicht an der nationalen Politik in Italien zu beteiligen).

Aber auch auf diplomatischer Ebene und durch Kundgebungen des Weltkatholizismus kam es immer wieder zu teilweise sehr scharfen Stellungnahmen zur „Römischen Frage“. In besonderer Weise hat sich dabei der deutsche Katholizismus hervor getan. So nahm die Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Dortmund vom 3. bis 6. September 1927 eine Resolution an, in der es hieß:

„Wie die deutschen Katholiken seit 1870 unentwegt für die Unabhängigkeit des Papstes eingetreten sind, fordern sie auch heute, daß das Oberste Hirtenamt der Kirche keiner menschlichen Gewalt, keinen menschlichen Gesetzen untertan sei oder untertan erscheine.

²⁷ Hermann Heller, „Europa und der Fascismus“, Berlin-Leipzig 1931, S. 60. – Heller hat übrigens mehrfach gegen den Fascismus scharf Stellung genommen, vgl. z. B. „Der Abend“ vom 17. November 1930.

²⁸ vgl. u. a. Karl Bachem, „Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrums Partei“, Köln 1952, IX. Band, S. 1 ff.

Zur Erneuerung dieser alten Forderung bedient sich die Generalversammlung der Worte, welche auf der 43. Generalversammlung zu Dortmund 1896 der verewigte Führer Lieber gesprochen hat: „Weil wir die Freiheit der Kirche wollen, weil wir die Freiheit unserer Kirche fordern, darum im letzten Grunde wollen und fordern wir die Freiheit unseres Oberhauptes, die volle weltliche Unabhängigkeit des römischen Stuhles.“ Besonders zeitgemäß erscheint heute auch jenes zweite Wort Liebers: „Wie die Kirche, wie der Papst den Völkern die Freiheit dadurch gab, daß er ihnen die Gesittung gebracht hat, ebenso wird die bedrohte Gesittung und die in der bedrohten Gesittung bedrohte Freiheit der europäischen Völker nur neu gefestigt und gesichert werden können durch die freie Kirche, an ihrer Spitze den freien und unabhängigen Papst.“²⁹

Auch Mussolini sah sich der „Römischen Frage“ konfrontiert, und im Kampf gegen die von ihm so gehaßte Katholische Volkspartei benutzte er sie als Druck- und Kompensationsmittel gegenüber dem Vatikan. So mußte denn auch Stein in seiner Arbeit schreiben:

„Als die diplomatische Glanzleistung des Faschismus, die auch im Ausland die größte Bewunderung erregt hat, darf indes wohl der Lateranpakt vom 11. Februar 1929 gelten, der den mehr als fünfzigjährigen Konflikt zwischen Quirinal und Vatikan, zwischen Staat und Kirche in Italien beendete, soweit dies die nicht nur konfessionelle, sondern von jeher auch politische Eigenschaft der römischen Kirche überhaupt zuläßt. Wenn Mussolini die Lösung der Römischen Frage ins Auge faßte, so geschah das offenbar nicht nur aus der napoleonischen Erwägung heraus, sich den politischen Einfluß der Kirche nutzbar zu machen. Was ihn dabei leitete, war vielmehr die Einsicht, daß vom italienischen Standpunkt aus die Kirche italienisch ist, d. h., daß die italienischen Katholiken eben Italiener sind.“³⁰

Im Grunde bestanden diese sogenannten „Lateranverträge“ lediglich im Abschluß eines Konkordats über die Regelung der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat in Italien sowie aus einer Regelung der Stellung des Papstes in Rom und in einer finanziellen Übereinkunft. Der Austausch der Ratifikationsurkunden der am 11. Februar 1929 unterschriebenen Lateranverträge erfolgte am 7. Juni 1929 durch Mussolini und Kardinalstaatssekretär G a s p a r r i.

Daß der Vatikan nicht einmal seine kirchenpolitischen Intentionen, die er mit dem Abschluß dieser Verträge erstrebt hatte, erreichen konnte, daß er letzten Endes nur das faschistische System in Italien stärkte, liegt auf der Hand. Selbst L. Stein kam in der Glorifizierung dieser Verträge zu der Feststellung, daß es dem „Duce“, der ja der Kirche durchaus opportunistisch gegenüberstand, keinen Moment in den Sinn gekommen sei,

„der Kurie zu gestatten, in die Herzen der italienischen Jugend ein Element einzuführen, das nicht auf die Italianität des Geistes und der Seele beschränkt, sondern katholisch im politischen Sinne des Wortes, d. h. allgemein ist. Der Vatikan hingegen dachte sich die

²⁹ ebenda, S. 54 f.

³⁰ a. a. O., S. 279 f.

weitere Entwicklung offenbar so, daß er – unter dem Schutz des Lateranvertrages – die Erziehung der italienischen Jugend in seinem, d. h. nicht in einem speziell italienischen Sinne, werde in die Hand nehmen können. So tut sich hier das gleiche Dilemma auf, das bereits die Haltung des Faschismus gegenüber den Popolari bestimmt hatte. Es ergab sich die Gefahr der „Einflußnahme einer auswärtigen Macht auf die inneren Angelegenheiten Italiens“. Und eine solche Einflußnahme sollte und konnte der Faschismus nicht dulden, weil er darin – historisch ganz mit Recht – ein politisches Element erkannte.“³¹

Zu ähnlichen Ergebnissen mußte Karl Bachem, der Historiker der Deutschen Zentrums-Partei, gelangen, der zunächst den Vatikan gegen skeptische Einwürfe bezüglich der Zweckmäßigkeit der Lateranverträge verteidigt:

„Man kann gewiß sagen, daß diese Verständigung dem Papste nur ein Mindestmaß von dem gewährt hat, was er zur Behauptung seiner äußeren Würde sowie seiner unbedingten Unabhängigkeit von jeglicher weltlicher Beeinflussung bei Regierung der Kirche verlangen mußte. Doch von seiten der deutschen Katholiken ist immer betont worden, daß der Papst allein zu bestimmen habe, mit welchem Maße von Zugeständnissen er sich zufriedengeben könne. Nachdem der Papst seine Entscheidung getroffen hat, ist es jetzt die Sache aller Katholiken, dieser Entscheidung einfach beizutreten. Man kann auch fragen, ob auf dieser Grundlage nicht schon früher eine Verständigung hätte gefunden werden können, wenn der Papst bereit gewesen wäre, auf diesen Boden zu treten, und ob es nicht für beide Teile ersprießlicher gewesen wäre, wenn dieser Ausgleich früher Platz gegriffen hätte. Aber es ist dann auch wohl zu bedenken, daß, wenn diese Lösung der besonderen Römischen Frage schon früher hätte gefunden werden können, dann doch wahrscheinlich ein Konkordat, wie es jetzt gleichzeitig abgeschlossen wurde, noch nicht zu erreichen gewesen wäre. Jetzt stützt das Konkordat die Lösung der territorialen Römischen Frage und eröffnet die Aussicht, daß der Charakter des italienischen Volkes als einer christlichen Nation erhalten bleibt, damit also auch dauernd der Stellung des Papstes in Rom zur Grundlage dient. Artikel 1 des das Konkordat enthaltenden Lateranvertrages sagt: ‚Italien erkennt an und bestätigt aufs neue den durch Artikel 1 der Verfassung des Königreiches vom 4. März 1848 geheiligten Grundsatz, wonach die katholische, apostolische und römische Religion die einzige Staatsreligion ist.‘“³²

Dann hatte sich Bachem freilich über die wahren Gründe zu äußern, die Mussolini zum Abschluß dieser Verträge bewogen hatten:

„Mussolini hat . . . die Versöhnung nicht getätigt aus religiösen Motiven . . . sondern aus nationalpolitischen Gesichtspunkten heraus, zum Ruhm und zur größeren Erhöhung des von ihm geleiteten faschistischen Italien. Wie er als der schärfste Gegner der internationalen Freimaurerei und des internationalen Sozialismus auftritt, so ist seine Politik rein nationalistisch eingestellt . . .“³³

³¹ ebenda, S. 80

³² a. a. O., S. 58 f.

³³ ebenda, S. 59

Schließlich mußte Bachem den Ausbruch von Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen in der Verwirklichung der Lateranverträge ankündigen. In diesem Zusammenhang schrieb er:

„Nachdem Mussolini bereits früher den partito popolare, die italienische Volkspartei, die Partei der überzeugten Katholiken, völlig zerschlagen hatte, ist er gar dazu übergegangen, auch alle katholischen Jugendorganisationen zu unterdrücken. Kein Geist soll im ganzen Staate zur Geltung kommen als der Geist des Faschismus!“³⁴

Mehr Worte fand der Historiker der Deutschen Zentrums-Partei, der Bruderpartei der PPI, nicht für diese Liquidierung der „Partei der überzeugten Katholiken“ in Italien! Im Gegenteil, er schrieb, „alle diese Dinge (nämlich die Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen um den Lateranvertrag und offenbar auch die Beseitigung der PPI, G. W.) seien erträglich, wenn die Tatsache bleibt, daß auch für das öffentliche Leben Italiens die freie religiöse Wirksamkeit der katholischen Kirche grundsätzlich anerkannt ist“.³⁵ Diese beschämende Feststellung stützte Bachem auf ein Zitat von Nuntius Pacelli, dem späteren Papst Pius XII.

Hierzu kann man nur die Frage stellen, ob der Historiker der Zentrums-Partei in diesen Darlegungen, die 1932 im Druck erschienen, schon geahnt hat, daß ein Jahr später die Deutsche Zentrums-Partei, die Partei der überzeugten Katholiken in Deutschland, ein ähnliches historisches Schicksal wie die PPI³⁶ erleiden würde, ein Schicksal, das ähnliche Ursachen wie das der PPI hatte.

³⁴ ebenda

³⁵ ebenda, S. 60

³⁶ Die politisch-ideologische Position der „Volkspartei“ hat Alfred Kurella in seinem 1931 geschriebenen Italienbuch „Kennst du das Land . . .“ wie folgt beschrieben:

„Unter den ländlichen Massen, besonders bei den Kleinbauern und Kleinpächtern, setzte sich die neugegründete katholische Volkspartei (Popolari) fest. Da die Sozialisten aus doktrinärer Starrheit heraus sich wenig um diese Schichten der Bevölkerung kümmerten, ja sie sogar von sich stießen, hatte die katholische Organisation leichtes Spiel. Ihr linker Flügel kam dem primitiven, revolutionären Drang der Massen weit entgegen, wobei er es gleichzeitig verstand, ihren Wünschen die revolutionäre Spitze abzubrechen. Charakteristisch für diese Bewegung ist ein Lied, das die katholischen Führer nach der Melodie des revolutionären, sozialistischen Volksliedes ‚Bandiera rossa‘ singen ließen: ‚Avanti o popolo! Con fede franca, Bandiera bianca, bandiera bianca.‘ ‚Vorwärts o Volk! Mit frischem Glauben, die weiße Fahne, die weiße Fahne.‘ Eine andere Strophe desselben Liedes lautete: ‚Vogliamo le fabbriche, vogliamo la terra, Ma senza guerra, ma senza guerra.‘ ‚Wir wollen die Fabriken, wir wollen das Land, aber ohne Krieg, aber ohne Krieg.‘ In dieser Strophe tritt der Klassenwiderspruch innerhalb dieser Bewegung deutlich zutage: Die erste Zeile enthält die revolutionären Wünsche der Massen, in

IV

Man braucht sich daher eigentlich nicht zu wundern, daß der bundesrepublikanische Erbe des immerhin noch subjektiv ehrlichen, positivistischen Bachem, der Münchner Historiker Karl Buchheim, in seiner „Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland“ im Grunde über dieses peinliche Schicksal des Zentrums ebenso nonchalant hinwegging wie Bachem über das Schicksal der PPI:

der zweiten Zeile aber, die den Bürgerkrieg verwirft, hoben die katholischen Priester und Advokaten, die an der Spitze der Bewegung standen, warnend die Finger. Unter dem Gesang dieses Liedes, weiße und rote Fahnen mit dem Kreuz mit sich tragend, zogen in der Nachkriegszeit gewaltige Demonstrationen von Bauern und Arbeitern durch die Städte und Dörfer Italiens. Und es blieb nicht bei Demonstrationen.

Das Beispiel der russischen Revolution schwebte über dieser ganzen Bewegung. Die Kenntnisse von den Vorgängen in Rußland waren selbst in führenden Kreisen der Sozialistischen Partei und ihres linken Flügels mehr als mangelhaft. Die Massen verstanden sie auf ihre einfache Weise, und der ‚Bolschewismus‘ war ihr Ideal. Lenin war in jener Zeit geradezu italienischer Nationalheiliger. Man konnte sein Bild noch in den entferntesten Dörfern finden. Überall sah man an den Mauern in Städten und Dörfern, mit kindlichen Schriftzügen das ‚W. Lenin‘ – ‚Es lebe Lenin‘. Es gab zahllose Volkslieder über ihn. Ich besinne mich auf ein solches Lied, dessen Melodie eher an einen Kirchengang als an ein Kampflied erinnerte und dessen Refrain mit den Worten endete: ‚Lenin wird kommen.‘“ (Vgl. Neuauflage dieser Schrift, Berlin 1962, S. 36 f.)

Vgl. auch „Geschichte der neuesten Zeit 1917–1939“, Teil I, Berlin 1961, S. 205 bzw. 224 f.:

„Auf Initiative des Vatikans und unter seiner Führung wurde im Januar 1919 die katholische ‚Volkspartei‘ (Partito popolare) gegründet. Ihre soziale Basis war die Großbauernschaft auf dem Lande und das Kleinbürgertum in der Stadt. Als Hauptaufgabe war der ‚Volkspartei‘ die Spaltung der Arbeiterklasse und die Ablenkung der werktätigen Massen vom revolutionären Kampf gestellt. Um die Massen zu gewinnen, stellte die ‚Volkspartei‘ ein demagogisches Programm auf, in dem von der Aufteilung des Gutsbesitzerlandes die Rede war und das eine Bodenreform und Sozialgesetzgebung versprach. Zur Zeit ihres ersten Parteitages, der Mitte 1919 in Bologna stattfand, zählte die ‚Volkspartei‘ mehr als 55 000 Mitglieder. . . .

Bei der Errichtung des totalitären Regimes wurden die Faschisten vom Vatikan aktiv unterstützt. Papst Pius XI. unterstützte die volksfeindlichen Handlungen der Regierung Mussolini. Die katholische Kirche verfügte über gewaltige Möglichkeiten der ideologischen und politischen Massenbeeinflussung. Sie trat immer als aktive, reaktionäre Kraft in Erscheinung. Die Faschisten rechneten darauf, ihren Einfluß im Kleinbürgertum und auch in bestimmten Teilen der Arbeiter und Bauern mit Hilfe der katholischen Kirche zu verstärken. Im Februar 1929 schloß die Regierung Mussolini mit dem Vatikan die Lateranverträge und ein Konkordat ab. Mussolini und der Papst verpflichteten sich zur gegenseitigen Unterstützung und zum gemeinsamen Kampf gegen die demokratische Bewegung im Lande.

„Wenn sich die christlichen Parteien (außer dem Zentrum sind damit die Bayrische Volkspartei und der evangelische ‚Christlich-Soziale Volksdienst‘ gemeint. G. W.) im Reichstag am 23. März bestimmen ließen, dieses Gesetz (gemeint ist das Ermächtigungsgesetz von 23. März 1933, G. W.) anzunehmen, so darf man nicht vergessen, daß ihnen Versprechungen gemacht wurden, die, wenn sie gehalten worden wären, wenigstens eine Milderung der ohnehin schon bestehenden Gewaltherrschaft bedeutet hätten. . . .“³⁷

Daß Hitler „die Parteien vernichtete“, interessiert Buchheim also nur unter demselben Aspekt, der für Bachem bei der Beurteilung der Lateranverträge und der Vernichtung der PPI maßgebend waren. Eigentlich ist es erstaunlich, daß ein Historiker im Jahre 1953 zu kaum anderen Ergebnissen kommt als der Beobachter der unmittelbaren Zeitereignisse, der mit der faschistischen Zensur zu rechnen hatte. In einem Aufsatz „Politischer Katholizismus und politische Kultur in Deutschland“, der im Juni 1933 in der angesehenen katholischen Zeitschrift „Hochland“ erschien, schrieb nämlich Dr. Ferdinand M u r a l t :

„In seiner Erklärung vom 23. März zum Ermächtigungsgesetz hat der damalige Zentrumsführer, Prälat Kaas, selbst die schweren Bedenken erwähnt, die in der Fraktion erst überwunden werden mußten, – was ja auf einen nicht unerheblichen inneren Kampf schließen läßt. Für die Gesamthaltung des politischen Katholizismus in jenen Tagen dürfte dann auch nicht ein Motiv, sondern eine Reihe von Motiven den Ausschlag gegeben haben: der Wille, der Gefahr eines neuen ‚Kulturkampfes‘, die im Falle des Widerstands des Zentrums drohen könnte, zu entgehen; das überwältigende Ausmaß des nationalsozialistischen Wahlsieges . . . ; die Befürchtung anarchischer Zustände bei einem Wiederaufflammen der Parteikämpfe usw.“³⁸

Andererseits war es eben doch kein Zufall, daß Buchheim in der Analyse der Liquidierung der Zentrumspartei keinen Schritt weiter ging als die zeitgenössischen Beobachter und Apologeten, weil er dann Dinge hätte zutage fördern müssen, die für seine Konzeption und damit für die des politischen Klerikalismus

Die ‚Volkspartei‘, die Liberale Partei und die übrigen bürgerlichen Parteien lösten sich auf und kapitulierten vor dem Faschismus. Einige Führer der republikanischen und der sozialistischen (der maximalistischen und der reformistischen) Partei zogen sich aus dem politischen Leben zurück, andere emigrierten. Die reformistischen Führer des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (d’Aragona, Rigola u. a.) gingen zu den Faschisten über und erklärten die ‚Selbstauflösung‘ des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes. Zu den Überläufern gehörten auch einige Führer der kleinbürgerlichen Parteien.“

³⁷ Karl Buchheim, „Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland“, München 1953, S. 343 f. – Man kann sich über eine solche Feststellung des Herrn Buchheim auch nicht wundern, gibt er doch in seinem Vorwort an, daß er, soweit er sich auf „primäre Quellen stützen“ könne, „in Bonn Herrn Ministerialdirektor Globke“ zu „danken“ habe. Ebenda, S. 11

³⁸ „Hochland“, 30. Jahrgang, S. 233 ff. – Dort auch die folgenden Zitate

sehr peinlich wären. — Im Grunde — und das ist außerordentlich aufschlußreich! — sind die zeitgenössischen Beobachter sogar noch einen Schritt weitergegangen als Buchheim: nachdem Muralt nämlich vermerkt hatte, daß das Zentrum in den Wahlen 1932/1933 seinen Bestand erhalten, ja sogar noch vermehrt habe, wies er darauf hin, daß

„der politische Katholizismus in Deutschland durch den Sieg des Nationalsozialismus bald vor eine neue und schwere Prüfung gestellt würde. Der Eindruck, den seine Haltung angesichts dieser Prüfung zunächst hervorrief — vor allem die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz und dann die Erklärung der Fuldaer Bischofskonferenz —, und der Gegensatz dieser Haltung zu der noch jüngst eingenommenen waren allzu stark, um dem Beobachter des politischen Lebens nicht die Frage vorzulegen, ob der politische Katholizismus in Deutschland nicht seinen bisherigen Grundsätzen untreu geworden sei.“

Diese Kritik, die Muralt damit indirekt am deutschen Episkopat übte, wurde freilich dadurch wieder aufgehoben, daß auch er sich hinsichtlich der Perspektive des Zentrums und der katholischen Kirche illusionären Hoffnungen solcher Art hingab:

„Neuerdings scheint der politische Katholizismus indessen sich wieder mehr auf sich selbst besinnen zu wollen. Die Wahl Brünings anstelle des sich nach Rom begebenden Dr. Kaas kann wohl als Symptom dafür angeführt werden. Denn von einem Brünig kann man schwerlich annehmen, daß er um einer mechanischen Gleichschaltung willen eine Ausschaltung des eigenen Denkens vornehmen würde. Auch manches in der katholischen Publizistik ist nicht ohne symptomatische Bedeutung. So hieß es in dem Leitartikel der Sonntagsausgabe der ‚Germania‘ (des Zentralorgans der Zentrumspartei. G. W.) vom 14. Mai d. Js., dem politischen Katholizismus müsse die Religion höher als die Politik, und die Menschheit höher als das Volkstum stehen. Übrigens darf vielleicht in der Kanzlerrede Hitlers selbst vom 17. Mai eine Annäherung, wenigstens um einen Schritt, zum politischen Katholizismus erblickt werden...“

Diese Mischung von Hoffnungen, Illusionen, Enttäuschungen und Kritik war offenbar typisch für die Situation in der Zentrumspartei vom Januar 1933 ab.

„Durch das Wahlergebnis sah sich der politische Katholizismus ausgeschaltet, da sich keinerlei Möglichkeiten direkter Einflusnahme auf das Geschehen mehr zeigten. Der Übergang in eine aktive Oppositionsstellung war ebenfalls ausgeschlossen und nutzlos. Man wollte die in vierzehn Jahren mühsam erkämpften Positionen in Verwaltung, Presse und Öffentlichkeit keineswegs preisgeben, sah sich aber in eine ‚Aschenbrödelrolle der verflorenen Jahrzehnte‘ zurückgestoßen. In der Zentrumspartei griff eine ungeehrte Lähmung Platz. Da alle Möglichkeiten verschlossen waren, aktiv an der politischen Gestaltung mitzuwirken, erfolgte eine Rückbesinnung auf die Grundlagen der Partei nach der religiösen und kulturpolitischen Seite hin.“

Der Höhepunkt dieser Entwicklung war in den ersten Märzwochen zu verzeichnen, als die Frage nach der Haltung der Zentrumspartei zum Ermächtigungsgesetz gestellt wurde. An dieser Stelle muß darauf hingewiesen werden, daß es im poli-

tischen Katholizismus in Deutschland schon immer Kräfte gegeben hatte, die vom „preußischen Geist“ „beeinflusst oder fasziniert“ worden waren. Dabei muß die Rolle des katholischen Flügels in der Deutschnationalen Volkspartei nach 1918 und — auf anderer Ebene — die solcher Männer wie Martin Spahn, Carl Schmitt und Franz von Papen erwähnt werden.³⁹ Überhaupt waren die reaktionären, d. h. die monopolistischen und großagrarisichen Kräfte im Zentrum (worauf hier nur am Rande hingewiesen werden kann) zum Teil so stark, daß die Repräsentanten des „linken“ Flügels unter Führung von Dr. Joseph

³⁹ Die rechtsstehenden Katholiken hatten sich zunächst, in Anlehnung an die Deutschnationale Volkspartei, um die „Deutsche Volkswacht“, „Kampfblatt der rechtsgerichteten Katholiken“, geschart, das seit November 1931 in Berlin herausgebracht wurde. Führender Mann dieses Kreises war Karl Freiherr von Schorlemer. — Anfang April 1933, offensichtlich als Stoßtrupp der NSDAP gegen die Zentrumspartei, bildete sich dann der Bund „Kreuz und Adler“, der sein Programm am 2. April 1933 veröffentlichte. In diesem Programm heißt es (zitiert nach „Berliner Börsenzeitung“ vom 3. April 1933):

„Aus der Erkenntnis der nationalen Notwendigkeit ist in diesen Tagen ein Bund katholischer Deutscher ‚Kreuz und Adler‘ entstanden, sein satzungsmäßiger Zweck ist: den christlichen konservativen Gedanken im deutschen Volke zu vertiefen, das Nationalbewußtsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Aufbau des kommenden Reiches geistig zu fördern... Sein Erfolg ist nicht an den Bestand der Parteien gebunden, die für das konservative Denken ohnehin zeitbedingte Gebilde sind...“

Protector des Bundes war von Anfang an Herr von Papen. Zum Bundesausschuß gehörten zum Teil aus dem Zentrum bekannte Persönlichkeiten, so Prof. Dr. Theodor Brauer und Dr. Nikolaus Graf von Ballestrem, ferner Freiherr von Gagern und Senatspräsident Linz. Zur Bundesleitung zählten Emil Ritter, der schon die „Germania“, das Zentralorgan der Zentrumspartei, in solchem Geiste geleitet hatte, und Dr. Eugen M. Kogon(!).

Die „Tägliche Rundschau“ kommentierte die Gründung dieses Bundes am 5. April 1933 wie folgt: „Nachdem das Zentrum aufgehört hat, als die politische Repräsentation des deutschen Katholizismus zu wirken, und nachdem fast zwei Drittel der deutschen Katholiken in der nationalsozialistischen Freiheitsbewegung marschieren, war es nötig, neben dem überholten Reichsausschuß deutscher Katholiken in der DNVP eine neue Gruppe zu begründen...“

Diese parteipolitische Gruppierung, die die „Tägliche Rundschau“ als die „Hausmacht“ ihres Protectors charakterisierte, hatte für Deutschland offensichtlich eine ebensolche Funktion wie für Italien das sogenannte „Nationale Zentrum“, ein „Verband italienischer Katholiken, die innerhalb der faszistischen Partei eine Verwirklichung ihrer religionspolitischen und vaterländischen Ziele“ (so die „Kölnische Volkszeitung“ vom 9. Januar 1928) suchten. Ähnlich wie in dem Bund „Kreuz und Adler“ spielten auch in dem italienischen „Nationalen Zentrum“ hochadlige Familien die bedeutendste Rolle, d. h. solche Kreise, die „in dem Verbands eine Anlehnung an gewisse konservative Tendenzen des Faschismus suchen, weil die Popolaripartei nach ihrer Meinung sich zu schnell an bodenreformatrische Neuerungen heranmachen wollte“ (ebenda).

Wirth zu Schritten übergehen mußten, die eine Alternative gegen die Politik des rechten Flügels darstellten.

Man braucht hierbei nur an die Gründung der „Republikanischen Union“ durch Dr. Joseph Wirth im Jahre 1926 zu erinnern. Eine Zeitlang trat Wirth sogar aus der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei aus. Im „Berliner Tageblatt“ Nr. 86 vom 20. Februar 1927 erklärte Wirth, daß es sein Ziel sei, im Zentrum die „sozial-republikanische Bewegung“ zu vertiefen, um auf solche Weise ein „Herausmanövrieren der politisch-sozialen Reaktionen aus der heutigen Regierung“ zu erreichen. In der Nr. 129 der „Rhein-Mainischen Volkszeitung“ des gleichen Jahres führte Dr. Wirth über seine Sorge vor einer „dauernden Rechtsorientierung des Zentrums“ aus:

„In den nächsten Wahlen geht der Bürgerblock, der Einheitsblock, der schwarzblaue Block, die Front der Christen gegen die Linke.“⁴⁰

Diese Ansätze einer konsequenten Linksorientierung entwickelte Dr. Wirth sowohl auf außen- als auch auf innen- und kulturpolitischem Gebiet, weshalb er beispielsweise – zusammen mit dem katholischen Schriftsteller und Abgeordneten Leo Weismantel – gegen klerikalistische Tendenzen auf schulpolitischem Gebiet Stellung bezog. Und sogar die wirtschaftspolitische Problematik, die von solchen „Linkskatholiken“ der damaligen Zeit gewöhnlich unter dem Vorzeichen des klassischen Kapitalismus betrachtet wurde, wurde von Joseph Wirth und seinen Freunden neu gesehen. Schon vorher hatte der damalige Reichskanzler Joseph Wirth (und zwar im November 1921) den Abschluß eines Reichskonkordats mit dem Vatikan abgelehnt, wenn dieses Konkordat die Rechte der Kirche überbetonen würde. Es ist bekannt, daß Joseph Wirth immer wieder versuchte, von den zwanziger Jahren an bis zu seinem Tode, jenem Satz treu zu bleiben, den er im deutschen Reichstag in Würdigung des ermordeten Außenministers Rathenau gefunden hatte: „Der Feind steht rechts!“⁴¹

Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre wurden die rechten, reaktionären Kräfte im Zentrum dadurch gestärkt, daß in der klerikalen Propaganda immer deutlicher eine Absage an die Demokratie, selbst an die bürgerliche Demokratie, erfolgte, und zwar zugunsten des Strebens nach einem autoritären Regime, nach dem Ständestaat.⁴² An die Spitze der poli-

⁴⁰ Zitiert nach dem „Politischen Jahrbuch 1927/28“, München-Gladbach 1928, S. 141. – Vgl. auch „Berliner Tageblatt“ vom 1. August 1926 und 10. August 1926 sowie vom 20. Februar 1927, „Rhein-Mainische Volkszeitung“ vom 24. September 1926, „Die Hilfe“ 17/1926 und „Deutsche Republik“ 1/1926–27, S. 3 ff.

⁴¹ Joseph Wirth, „Reden während der Kanzlerschaft“, Berlin 1925, S. 406

⁴² Wenn in der klerikal-apologetischen Propaganda heute immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, 1933 seien „die deutschen Katholiken nach dem Urteil ihrer Bischöfe für einen Kirchenkampf nicht gerüstet gewesen“ (so Pater Leiber nach einem Bericht der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“ vom

tischen Kräfte, die diese ideologische Linie verfolgten, trat von Papen, der sich schon Anfang Juni 1932 außerhalb der Reihen der Partei gestellt hatte. Als er Vizekanzler in Hitlers Kabinett wurde, hatte er also nichts mit dem Zentrum zu tun, ja vor den Wahlen am 5. März 1933 war es so, daß das Zentrum den Wahlkampf „bei Schonung Hitlers“ „gegen Papen, den aus den eigenen Reihen Verstoßenen“ führte. Am Tage nach der Reichstagswahl suchte indes Dr. Kaas Papen auf und machte ihm „ohne zuvorige Fühlungnahme mit seiner Partei“ den Vorschlag, „einen Strich unter die Vergangenheit zu setzen“; „nach Papens Bericht hatte Kaas ihm die Mitarbeit des Zentrums angeboten“.⁴³ Wörtlich heißt es hierzu in der Arbeit von Morsey:

„In ähnlicher Form hatte, wie erwähnt, der preußische Abgeordnete Graß bereits vor der Wahl Göring vorgeschlagen, keine Personalveränderungen mehr vorzunehmen; dann werde das Zentrum zur Mitarbeit bereit sein, wodurch für die NSDAP die Koalition mit der DNVP entfallende. Aber Göring sah zu diesem Zeitpunkt einen bequemeren Weg, die Zustimmung des Zentrums zu dem geplanten Ermächtigungsgesetz zu erzwingen: man solle – so schlug er in der genannten Kabinettsitzung vor – dem Zentrum erklären, daß seine sämtlichen Beamten aus den Ämtern entfernt werden würden, wenn das Zentrum nicht dem Ermächtigungsgesetz zustimme“; die fernere taktische Behandlung der Partei habe dann darin zu bestehen, sie ‚höflich zu ignorieren‘. Hitler fügte dem hinzu: ‚Die

22. Januar 1963), so ist eine Ursache für einen solchen Sachverhalt darin zu suchen, daß der Klerikalismus Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre die Katholiken auf den Rechtsradikalismus einübte. Vgl. dazu das bei A. Manhattan, „Der Vatikan und das XX. Jahrhundert“, Berlin 1958, ausgebreitete Material. – Im übrigen bestätigt sogar ein so reaktionärer Politiker und Ideologe wie der österreichische Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel, daß einflußreiche deutsche katholische Bischöfe noch 1938 mindestens Illusionen über den Faschismus hatten. In einem Aufsatz „25 Jahre nachher“, der zum 25. Jahrestag der Eroberung Österreichs durch den Hitlerfaschismus in den „Österreichischen Monatsheften“, Wien, 3/63, erschien, zitiert Drimmel aus den Unterlagen eines antifaschistischen österreichischen katholischen Bischofs:

„Bei der Bischofskonferenz in Fulda (der ersten nach dem sogenannten Anschluß) sagte einer der Sprecher scheinbar zufällig, jedoch, wie es sich später ergab, mit einiger Absicht (etwas) von einer Bewegung oder von dem Gerede, das sich jetzt . . . im gemeinen vertrauten Kreise verbreitet. Die jetzige (NS-) Regierung in Österreich habe den dortigen Bischöfen einen Antrag gestellt, der mancherlei Vorteile in Aussicht stelle; die österreichischen Bischöfe haben jedoch diesen Antrag nicht angenommen und so sei der geplante Vorteil zunichte gemacht worden. Ich rief (so schreibt mein Gewährsmann) in die Verhandlung hinein: ‚Darauf wird Antwort gegeben werden.‘ Und sie ist tatsächlich . . . gegeben worden.“

⁴³ Dieses und die folgenden Zitate, die nicht ausdrücklich belegt sind, finden sich in dem Abschnitt über die Zentrumspartei bei Erich Matthias, Rudolf Morsey, „Das Ende der Parteien 1933“, Düsseldorf 1960

Kirche werde den Nationalsozialismus dann akzeptieren, wenn sie durch die Verhältnisse gezwungen sei, die Partei (NSDAP) zu akzeptieren.“

Wenn Muralt von der Untreue des politischen Katholizismus zu seinen bisherigen Grundsätzen gesprochen hatte, so war dazu auch genügend Anlaß vorhanden. Morsey schreibt:

„Die Verwirrung war allgemein; die Zentrumsanhänger schauten naturgemäß ‚mehr als sonst‘ auf ihre geistlichen und weltlichen Führer, auf deren bessere Einsicht und richtige Entscheidung sie hofften. Ein erleichtertes Aufatmen setzte ein, als am 18. März bekannt wurde, daß die deutschen Bischöfe in Kürze zur politischen Lage Stellung nehmen würden. Daß Papen am gleichen Tage Kardinal Bertram in Breslau einen Besuch abstattete, ließ für politische Spekulationen breiten Raum, um so mehr, als Kardinal Faulhaber zur gleichen Zeit im Vatikan weilte.“

In einer Fußnote teilt Morsey zum Rom-Besuch Faulhabers interessantes Material mit:

„Mit Sicherheit hat Kardinal Faulhaber seinen ad limina-Besuch im Vatikan, wo er am 9. März eintraf, benutzt, um die jüngste Entwicklung in Deutschland und die Haltung von Zentrum und BVP gegenüber dem Nationalsozialismus zu erörtern. Nahezu gleichzeitig mit der Meldung vom Vatikanbesuch des Münchner Erzbischofs wurde am 13. März ein Artikel der römischen Agentur La Corrispondenza (Nr. 61) bekannt, die glaubte, in der Haltung der deutschen Bischöfe sowie des Zentrums gegenüber dem Nationalsozialismus einen positiven Umschwung feststellen zu können, der zu einer weiteren Annäherung führen werde. Der katholische ‚L'Avvenire d'Italia‘ Nr. 64 vom 17. März 1933 berichtete aus dem Vatikan, daß dort der Wunsch bestehe, die deutschen Katholiken möchten mit der Regierung zusammenarbeiten. Der römische Korrespondent des Pariser ‚Le Temps‘ (Nr. 26133 vom 16. März 1933) kündigte eine Hitler-freundliche Wendung des Vatikans als nahe bevorstehend an.“

Der ‚Berliner Börsen-Courier‘ folgerte aus der Meldung der italienischen Nachrichtenagentur, daß im Einverständnis mit dem Vatikan zwischen Hitler und dem Zentrum Frieden geschlossen werde; zitiert in: ‚Der Ring‘ 6, 1933, S. 177f. Die KVZ nahm die Meldung der römischen Agentur zum Anlaß, vom Zentrum ein ‚beherztes Angreifen‘ derjenigen Fragen zu fordern, ‚zu denen die Zuwege durch den nicht bloß äußerlichen, sondern auch geistigen Umschwung geöffnet worden sind‘; Nr. 73 vom 17. März 1933. Am 14. März meldete der vatikanische Korrespondent Edmund Frhr. Raitz von Frenz, daß ‚wohl nirgends auf der Welt‘ die Entwicklung in Deutschland so aufmerksam verfolgt werde wie in Rom; KVZ Nr. 79 vom 23. März 1933. Am 17. März schrieb Graf Galen an einen Landrat in Westfalen: ‚Es ist auch zu bedenken, daß wir im Begriff sind, in den Parlamenten irgendeine positive Einstellung zur neuesten Entwicklung anzubahnen.‘ Materialien Graf Galen.“

Der für kirchenpolitische Fragen zuständige Beamte im Reichsinnenministerium, Dr. Conrad, machte dazu in seinem Buch ‚Der Kampf um die Kanzeln‘ weitere interessante Mitteilungen. Der Kirche sei es damals, so schrieb Conrad, darum gegangen, aus dem ‚Schatten der Zentrumspolitik‘ herauszukommen:

„Ich habe in vertrauten Gesprächen mit dem Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, dem hochbedeutenden Erzbischof von Breslau, Kardinal Bertram, mehr als einmal feststellen können, daß ihm diese Herausstellung katholischer Geistlicher im politischen Kampf (gemeint ist das Auftreten der Prälaten Kaas und Schreiber als Reichstagsabgeordnete. G. W.) äußerst unsympathisch war.“⁴⁴

Und wenn vor 1933 viele katholische Bischöfe gegen die NSDAP und solche Priester wie Abt Schachleitner, die für Hitler auftraten, Stellung bezogen, so hat Conrad dazu berichtet:

„Es soll übrigens festgehalten werden, daß die bischöflichen Erlasse gegen die NSDAP vom Papst selbst niemals ausdrücklich anerkannt worden waren.“

Während die Mitgliedschaft der Zentrumsparlei mit der Ablehnung des sogenannten Ermächtigungsgesetzes durch die Reichstagsfraktion rechnete, der Chefredakteur der Dresdener ‚Sächsischen Volkszeitung‘, Dr. Desczyk, beispielsweise seinen Leitartikel ‚Warum das Zentrum das Ermächtigungsgesetz ablehnte‘ aus der Zeitung werfen mußte⁴⁵, traten Prälat Kaas, der Gewerkschaftsführer Stegerwald und der Reichstagsabgeordnete Hackelsberger am 20. März in Verhandlungen mit Hitler und Frick über die Voraussetzungen ein, unter denen das Zentrum dem geplanten Ermächtigungsgesetz zustimmen könnte. Für Hitler war zu diesem Zeitpunkt schon klar, daß das Zentrum das Gesetz annehmen werde. ‚Nach der Mitteilung Fricks hätten sich im Ältestenausschuß des Reichstages die Zentrumsvertreter . . . ‚keineswegs‘ ablehnend geäußert.‘ Die Besprechung am 20. März dauerte anderthalb Stunden. Seinem Kabinett teilte Hitler nach den Besprechungen mit, daß die Zentrumsvertreter

‚die Notwendigkeit eines Ermächtigungsgesetzes eingesehen und ‚lediglich‘ die Bitte zur Einsetzung eines kleinen Gremiums geäußert hätten, das laufend über die von der Reichsregierung im Rahmen des Gesetzes beabsichtigten Maßnahmen unterrichtet werden sollte.“

In dem Bericht, den Kaas in der Sitzung des Vorstandes der Zentrumsfraktion gab, erwähnte er – zitiert nach Morsey –

„naturgemäß (! G. W.) nicht die vom Kanzler bereits als sicher angenommene Zustimmung der Partei zum Ermächtigungsgesetz, sondern stellte die Begründung Hitlers für die Notwendigkeit dieses Gesetzes (Vernichtung von KPD und SPD) und seine Zusage, die Rechte des Reichspräsidenten, des Reichstages und des Reichsrates nicht zu schmälern, in den Vordergrund. Kaas ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Regierung entschlossen sei, sich die Generalvollmacht auf jeden Fall zu verschaffen.“

Weiter heißt es bei Morsey wörtlich:

⁴⁴ Walter Conrad ‚Der Kampf um die Kanzeln‘, Berlin 1957, S. 31 ff.

⁴⁵ ebenda, S. 32

⁴⁶ Nach mündlicher Mitteilung von Dr. Desczyk

„In der Nachmittagssitzung der Zentrumsfraktion, die zum ersten Male zusammentrat und sich sogleich für eine geschlossene Beteiligung der Fraktion an den Feierlichkeiten des folgenden Tages in der Potsdamer Garnisonkirche entschied, gab Kaas wegen der noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen keinen Bericht über den Inhalt der Vormittagsbesprechungen mit Hitler. In diesem Gremium ging der Parteiführer ausführlich auf die Notwendigkeit einer Neuorientierung des Zentrums nach der religiösen Seite hin ein, da die politische Tätigkeit in Zukunft sehr beschnitten sein werde. Wenn der Zentrumsvorsitzende als vordringlichste Aufgabe der Partei das Streben nach der Rückkehr zu verfassungsrechtlichen Grundlagen herausstellte, so ist damit das bestimmende Ziel und Motiv aufgezeigt, dem alle anderen Gesichtspunkte untergeordnet wurden.

Welche weiteren Bedingungen und Demütigungen man dafür bereit war hinzunehmen, zeigte sich am folgenden Tage, als die Zentrumsabgeordneten vor der Fahrt nach Potsdam – für die Autobusse der Post zur Verfügung gestellt worden waren – von Kriminalpolizisten auf Waffen durchsucht werden sollten, was zwar durch einen sofortigen telephonischen Protest Kaas' beim preußischen Innenminister verhindert werden konnte, aber die Fraktion nicht zum Verzicht auf die Fahrt bewog. Jener Vorfall gehört in die Reihe der gezielten Einschüchterungsversuche, die am 23. März durch die hermetische SA-Absperrung des Reichstages fortgesetzt wurden.“

Am 22. März kam es erneut zu Verhandlungen der Zentrumsvertreter Kaas, Stegerwald und Hackelsberger mit Hitler und Frick.

„Da die Zentrumsvertreter bereits in der Vormittagsitzung des Parteivorstands die Hoffnung aufgegeben hatten, Änderungen am Ermächtigungsgesetz, dessen Text am 20. März veröffentlicht worden war, durchsetzen zu können, wollte man versuchen, folgende Konzessionen zu erreichen: Wiederherstellung des Ausfertigungsrechts des Reichspräsidenten bei Vollzug der Gesetze oder aber Einführung eines Vetorechts, Klärung des in Artikel 1 verwandten Begriffs ‚jetzige Reichsregierung‘ besonders nach der personellen Seite, Einberufung des vorgesehenen kleinen Arbeitsgremiums, Herausnahme von Einzelfragen (wie Verhältnis von Staat und Schule, Staat und Kirche) aus der Generalermächtigung.

Diese Forderungen trug Kaas im einzelnen in der um 16 Uhr beginnenden Besprechung dem Reichskanzler vor, der sich überraschend konziliant zeigte und sämtliche Zentrumsbedingungen grundsätzlich akzeptierte, ohne sich dabei allerdings auf die Formel ‚jetzige Reichsregierung‘ festzulegen.“

Auch in diesem Gespräch

„machte Hitler im übrigen kein Hehl daraus, daß er die ‚Marxisten‘ vernichten wolle und – falls das Ermächtigungsgesetz nicht durchgehen sollte – seine Ziele im Wege des Staatsnotstands durchzusetzen gedenke“.

Kaas berichtete auf mehreren Fraktionssitzungen über diese Gespräche, wobei immer wieder als ein Hauptargument von ihm der „Hinweis auf die Gefahr eines neuen Kulturkampfes“ an der Spitze stand. In der Fraktionssitzung am Vormittag des 23. März warnte sogar ein so reaktionärer Politiker wie Brü-

ning, der mit seiner Politik der „Notverordnungen“ dem Faschismus den Weg bereitet hatte, vor der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, da er „keinerlei Sicherheiten für die Erfüllung der versprochenen Zusagen“ sah und weil er „um die Zukunft des Zentrums bangte, das, einmal zerschlagen, nicht wieder ins Leben gerufen werden könne.“ Morsey bemerkte freilich zur Haltung Brünnings, daß „selbst in dieser entscheidungsvollen Stunde dieser Politiker seinen Schatten nicht überspringen konnte“.

In der Reichstagssitzung, deren Atmosphäre durch die Anwesenheit bewaffneter SA- und SS-Trupps charakterisiert war, ging Hitler formal tatsächlich auf die Wünsche der Zentrumsfraktion ein, an einem Punkt ging er sogar über die Zentrumsforderungen hinaus – eine Tatsache, die sehr bemerkenswert ist und die Richtung der faschistischen Politik gegenüber dem Katholizismus andeutete; dieser Punkt war der, der sich auf die Pflege und Ausgestaltung der freundlichen Beziehungen zum Heiligen Stuhl bezog. Der entsprechende Passus der Hitlerrede sei, hebt Morsey hervor, „auf eine Formulierung des Vatikan-Botschafters von Bergen“ zurückgegangen.

„Unter dem Eindruck dieser Ausführung (Hitlers. G. W.), unter Furcht und Hoffnung, Bestürzung und Resignation stand in der anschließenden Sitzungspause . . . des Plenums die entscheidende Fraktionssitzung des Zentrums. Infolge der Erklärungen Hitlers war sich die überwiegende Mehrheit der Fraktion . . . darin einig, dem Gesetz ohne Einschränkungen zuzustimmen.“⁴⁷

⁴⁷ In einem bemerkenswerten Leitartikel „Papens römische Mission“ schrieb die „Berliner Börsenzeitung“ am 11. April 1933: „Für den Besuch des Reichsvezekanzlers liegen, wie bekannt, vor allem vatikanische Angelegenheiten vor, von langer Hand vorbereitet durch den deutschen Botschafter am Vatikan, Herrn von Bergen, dessen geschickte diplomatische Arbeit im Sinne des nationalen Deutschlands schon zu Brünnings und der Zentrumspalatine Zeiten den Weimarerern ein Dorn im Auge war. Der Beschluß der Fuldaer Bischofskonferenz zur öffentlichen Wiedergutmachung der Verfemung der deutschen Freiheitsbewegung des Nationalsozialismus hat hier in Rom seine Vorbereitung und seinen hierarchischen Anstoß gefunden. Schon das zeigt, was unsere Leser aus früheren Berichten wissen, von neuem, daß sich der Vatikan heute grundsätzlich von dem Irrtum hat überzeugen lassen, die politische Partei des deutschen Zentrums, ihre Falschleihen und ihre Praktiken hätten etwas mit dem deutschen Katholizismus als solchem zu tun. Der Vatikan kann heute unterscheiden, was an der Verächtlichmachung des deutschen Reichskanzlers und seines Kampfes Selbstsucht und Krippenangst war und was auf falsch ausgelegter Unterschiedlichkeit der Weltanschauungen der katholischen Kirche und der nationalen Reinigung etwa beruhen mag. Papens Mission ist es, diese Differenzen ganz auszuräumen und jene freundschaftlichen Beziehungen in kultureller Hinsicht zwischen Deutschland und dem hierarchischen Katholizismus zu festigen, die der Reichskanzler in seiner denkwürdigen Eröffnungsrede des Reichstages gefordert hat. Denn im Kampfe gegen das geistige wie politische Untermenschentum, gegen die Freidenker, die Kulturbolschewisten der von ewigen Werten losge-

In einer Probeabstimmung, die in der Fraktionssitzung durchgeführt wurde, kam es dennoch zu einigen Nein-Stimmen, darunter zu denjenigen von Joseph Wirth, von J o o s , aber auch von Brüning. Nach „längerer und teilweise leidenschaftlicher Aussprache“ wurde der Beschluß gefaßt, „mit Rücksicht auf die Partei und ihre Zukunft“ geschlossen für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Der bürgerliche Historiker M e i n e c k e teilte 1946 mit, daß er am Tage vor der Abstimmung einen ihm bekannten Abgeordneten des Zentrums gefragt habe: „Sie werden doch dagegen stimmen?“ Dieser habe darauf die Achseln gezuckt und erwidert: „Dann wird's ja noch schlimmer.“

Der bekannte Steyler Mönch Wilhelm Schmidt traf offenbar den Kern der Sache, wenn er in seinem Buch „Gegenwart und Zukunft des Abendlandes“; das 1949 erschien, mitteilt, daß Kaas in dieser „Stunde der Entscheidung“ „unter stärkerem geistlichem Einfluß“ gestanden und auf solche Weise den „weit-aus größten Teil“ der Zentrumsabgeordneten auf seine Seite gebracht habe.

In der „Diskussion“ zu Hitlers Regierungserklärung sprach dann Kaas im Namen der Zentrumspartei, hielt er jene Rede,

lösten Menschheit gehören nationaler Staat und die christlichen Konfessionen zusammen! Erste Voraussetzung freilich ist die endgültige und klare Trennung von staatlicher und kirchlicher Verantwortlichkeit: politisierende Priester in der Tagespolitik; Prälaten, die, statt Gottesdiener zu sein, Parteialektiker und Jongleure mit den nicht immer blanken Bällen der Tagespolitik geworden sind, mißbrauchen ihr hohes Amt und dienen weder Gott noch ihrem Land. In dieser Hinsicht wird im Vatikan Herr von Papen sicherlich den klugen Kardinalstaatssekretär Pacelli an den zwischen der Kirche und Mussolini geschlossenen Lateranpakt erinnern, der bekanntlich jede politische Betätigung der katholischen Geistlichen und ihren Einfluß auf die staatliche nationale Erziehung der Jugend ganz ausschließt. Nur durch ihre geistlichen Führer hat die deutsche Zentrumspartei früher einen Einfluß auf die Gesetzgebung und Geschäftsführung des Staates erlangt, der ihr nicht zukam und der dadurch zwangsmäßig auch in persönlicher Hinsicht eine Übersetzung verantwortlicher kultureller Posten im Staat mit Zentrumspersönlichkeiten ergab, die dann nicht der Religion, sondern der Partei dienten, indem sie beide miteinander vermengten, aus der Partei ein Dogma, aus der Religion eine finstere Partei machend. Wir glauben zu wissen, daß der Vatikan diese schwere Schädigung der ewigen Werte durch solche Entwicklung richtig einschätzt und für immer in Deutschland seinem Klerus gegenüber beseitigen wird, der in Zukunft auf die Seite des Staates gehört in der Erziehung der Nation zu sich selbst. Nur so wird sich auch die Möglichkeit der Zusammenarbeit und Gleichberechtigung evangelisch-nationaler Arbeit und katholisch-nationaler Arbeit ergeben, die durch Schuld der Parteipolitik des Zentrums in Deutschland leider früher nicht genügend hat zustande kommen können.“

Daß die Faschisten Konkordatspläne nur heuchlerisch verfolgten, mußte den deutschen Katholiken übrigens von vornherein gegenwärtig sein angesichts der Tatsache, daß die NSDAP bei der Abstimmung über das Konkordat mit Baden im badischen Landtag im Dezember 1932 mit Nein stimmte.

in der er die Zentrumspartei dem Faschismus auslieferte⁴⁸ und die im Grunde zu seinem Abgang aus der deutschen Politik führte; denn nach Mitteilung von Dr. Morsey im „Echo der Zeit“ Nr. 17/62,

„unternahm Kaas einen Tag später eine (angeblich. G. W.) bereits für Januar vorgesehene, aber durch Regierungswechsel und Wahlkampf aufgeschobene Reise nach Rom . . . Kaum am Tiber, mußte der Prälat nach Berlin zurück. Dort versuchte er am 31. März zusammen mit anderen Zentrumsführern, bei Hitler eine drohende Entlassung der dem Zentrum angehörenden Beamten zu verhindern. Noch am Abend des 7. April, nach einer zweiten und letzten Besprechung mit dem Reichskanzler, begab sich Kaas wieder nach Rom. Am Vatikan fand er eine neue Aufgabe vor, ohne daß er dafür einen amtlichen Auftrag besaß.“

Gemeint ist der Abschluß des Konkordats. — Ausgesprochen apologetisch ist die Antwort des Historikers Morsey auf die in diesem Zusammenhang von ihm selbst gestellte Frage, warum Kaas nicht wieder nach Deutschland zurückkehrte:

„Er, der noch am 20. April zum Geburtstag Hitlers einen seine Parteifreunde überraschenden Glückwunsch geschickt hatte, war zu der Erkenntnis gekommen, welche Gefahren das ‚Dritte Reich‘ für den deutschen Katholizismus heraufführen würde“⁴⁹

— also dasselbe „Dritte Reich“, mit dem er gerade das Konkordat abschließen half! — Die Antwort, die Reichskanzler Brüning Mitte der dreißiger Jahre dem linksbürgerlichen Diplomaten Harry Graf Kessler auf eben diese Frage gab, ist demgegenüber viel klarer und kritischer. Kessler berichtete darüber:

„Hinter der Verständigung mit Hitler stehe nicht der Papst, sondern die vatikanische Bürokratie und ihr Augure Pacelli. Ihnen schwebte ein autoritärer Staat und eine autoritäre, von der vatikanischen Bürokratie geleitete Kirche vor, die miteinander einen ewigen Bund schlossen. Daher seien Pacelli und seinen Leuten katholische parlamentarische Parteien in den einzelnen Ländern, wie das Zentrum in Deutschland, unbequem und würden von ihnen ohne Bedauern fallengelassen. Der Papst teile nicht diese Ideen. Im Gegenteil, er habe schon eine Enzyklika fertig daliegen, die die vatikanische Bürokratie und das Kirchenregiment völlig umgestalte.“⁵⁰

In der Zeit kurz nach der Zustimmung des Zentrums zum Ermächtigungsgesetz kam es dann noch einmal zu jenem Ver-

⁴⁸ Allerdings ist hierbei an die Tatsache zu erinnern, daß Kaas schon früher, z. B. auch Anfang Oktober 1932, den Versuch unternahm, mit den Nazis zu einem Arrangement zu gelangen. Dieser Versuch scheiterte jedoch, allerdings nicht durch die „Schuld“ des Prälaten Kaas. Vgl. dazu etwa „Frankfurter Zeitung“ vom 19. Oktober 1932. — Außerdem war Kaas die italienische Entwicklung sehr gut bekannt. Vgl. hierzu: Deuerlein, „Der deutsche Katholizismus 1933“, Osnabrück 1963, S. 142

⁴⁹ „Echo der Zeit“, Recklinghausen, Nr. 17/62

⁵⁰ Harry Graf Kessler, „Tagebücher 1918 bis 1937“, Wiesbaden 1961, S. 792 f. — Die Unterschiede in der Haltung von Pius XI. und Pacelli kommen in dieser Bemerkung gut zum Ausdruck.

such, irgendwie die Zentrums politik zu reaktivieren, von dem im Juni 1933 Muralt in seinem Aufsatz sprach. Auf der Fraktionssitzung vom 24. März, in der die Rede von Kaas ausdrücklich gebilligt wurde, beschloß man, die Parteiarbeit „mit allem Eifer unverzüglich“ aufzunehmen. Morsey urteilt darüber:

„Die in der Fraktionssitzung beschlossene dauernde Fühlungnahme von Partei und Fraktion mit den Parteifreunden im Lande wurde indes nicht mehr Wirklichkeit. Der Gang der Entwicklung schritt unaufhaltsam über das Zentrum hinweg.“

In einem 1960 veröffentlichten Artikel in der „Welt“, der sich auf die Forschungen von Morsey stützt, heißt es dazu:

„Während, eingeleitet vom früheren Nuntius in Berlin, Pacelli, und dem nach Rom gegangenen Zentrumsführer, dem Prälaten Kaas, die Konkordatsverhandlungen geführt werden, bricht das Zentrum auseinander. Seine Existenz stört nun die Verhandlungen zwischen Rom und Berlin. ‚Habt Ihr Euch noch immer nicht aufgelöst?‘, tönt es beschwörend aus Rom. Dann schließt auf dem Grabe der Zentrumspar tei der Nationalsozialismus seinen trügerischen Frieden mit dem Vatikan. Konnte da das Zentrum anders als sang- und klanglos verschwinden? Der Schluß des letzten Rundschreibens lautet: ‚Mit freundlichem Gruß! Krone. Mit der Abwicklung beauftragt.‘“⁵¹

Fogarty hat sicherlich recht, wenn er in seiner Geschichte der „Christlichen Demokratie in Westeuropa“ folgendes Urteil fällt:

„Das Zentrum verbündete sich zwar selbst nicht mit dem Nationalsozialismus. Aber, indem es seine traditionelle Rolle aufgab, ließ es zu, daß die demokratischen Kräfte in Deutschland der Herausforderung des Nationalsozialismus zerstreut und zersplittert entgegen treten mußten und daher geschlagen wurden.“⁵²

Aber auch er vergaß wie Buchheim, auf „jenen geistlichen Einfluß“ hinzuweisen, unter dem die Zentrumsführer damals ihre Entscheidungen fällten: denn nach dem Willen des Klerikalismus mußte das Zentrum dem Konkordat geopfert werden wie die PPI den Lateranverträgen. Und wenn die Zentrumsführer nicht bereit waren, den antifaschistischen Kräften in der Partei zu folgen, und wenn sie sich nicht mit jenen verbündeten, die schon vor der Zentrumspar tei vom Faschismus getroffen worden waren, also mit den Kommunisten⁵³ und linken Sozialdemokraten, dann ist man zu der Feststellung gezwun-

⁵¹ „Die Welt“ vom 23. Juli 1960

⁵² a. a. O., S. 352

⁵³ In diesem Zusammenhang muß man auf die verschiedenen Bündnisangebote der KPD an die christlichen Werk t ä t i g e n verweisen, so an Formulierungen Ernst Thälmanns in Reden und Aufsätzen 1932: „Wir müssen den christlichen Arbeitern sagen: Wir reichen Euch die Hand im Kampf gegen den Kapitalismus und sagen Euch: Christlicher Kamerad, schlag' ein in unsere Hand zu diesem gemeinsamen Kampf.“ Zitiert nach W. Bredel: „Ernst Thälmann. Beitrag zu einem politischen Lebensbild“, Berlin 1952 (6. Auflage), S. 105 f.

gen, daß die Zentrumsabgeordneten bei ihrer Entscheidung am 23. März 1933 nicht allein verantwortlich waren für den Weg, den sie zur Liquidierung ihrer eigenen Partei gegangen sind.⁵⁴

V

Die faschistische Entwicklung in Italien und in Deutschland und die damit verbundene Liquidierung der christlichen Parteien in diesen Staaten konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung eines anderen Staates bleiben, der in traditioneller Weise mit der Politik Deutschlands und Italiens verbunden war und für den sich die Politik der Kurie immer wieder in besonderer Weise (zumal wegen der Einflußnahme auf Ost- und Südosteuropa) interessierte: Österreich.

Es kommt hinzu, daß zu Beginn der dreißiger Jahre in Österreich der Einfluß des faschistischen Italien und der des faschistischen Deutschland miteinander konkurrierten. So schrieb im April 1933 die „linkskatholische“ „Rhein-Mainische Volkszeitung“:

„Es ist längst kein Geheimnis mehr, daß Mussolini einen Aufstieg der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich, von der er eine Verstärkung der – im italienischen Sinn – Anschlußgefahr befürchtet, keineswegs begünstigt und eben deswegen der Diktator Dollfuß, die gleichermaßen auf eine Unterdrückung der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten in Österreich hinausläuft, Sympathien entgegenbringt . . .“⁵⁵

Die Frage war also, wer in Österreich Einfluß gewinnen sollte: das faschistische Italien oder das faschistische Deutschland. Diese Frage mußte vor allem von jener Partei beantwortet werden, die den österreichischen Bundeskanzler stellte: von der Christlich-Sozialen Partei. Über die Situation in dieser Partei schrieb Buchheim in seiner „Geschichte der christlichen Parteien in Deutschland“:

„Die österreichischen Christlich-Sozialen brachten noch die Erbschaft eines populären, wenn auch natürlich nicht rassistisch gemeinten Antisemitismus mit. Lueger hatte ihn mit der Zeit zurücktreten lassen; Seipel ließ ihn nicht aufkommen. Aber manche fanden es bequem, mit ihm demagogische Erfolge zu erzielen. Auch die anspruchsvoll auftretende Wochenschrift ‚Schönere Zukunft‘ von Joseph Eberle gefiel sich manchmal in antisemitischen und antidemokratischen Ausfällen. Sie gehörte 1930 zu denen, die eine reichlich zweideutige Haltung zu Hitlers Wahlerfolg einnahmen. So waren, als Hitler die ‚Macht‘ ergriffen hatte, nicht nur die österreichischen ‚Großdeutschen‘, sondern auch manche Christlich-Soziale anfällig

⁵⁴ Im Grunde wurde durch diese Entwicklung bestätigt, was Ernst Thälmann in seinem Aufsatz „Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie“ (in „Die Internationale“, 1/1932) zur Charakterisierung der Deutschen Zentrumspar tei ausgeführt hatte.

⁵⁵ „Rhein-Mainische Volkszeitung“ vom 19. April 1933

für den Nazigeist. Der Bundeskanzler Engelbert Dollfuß, der sich als Schüler Seipels fühlte, war aber entschlossen, die Selbständigkeit Österreichs zu verteidigen . . .

Dollfuß glaubte, die Position mit demokratischen Mitteln nicht halten zu können. Er suchte aus der Enzyklika ‚Quadragesimo Anno‘ die Grundlagen für den Bau eines ‚Christlichen Ständestaats‘ zu gewinnen und wurde dadurch an die Seite der faschistischen Heimwehrbewegung des Fürsten Starhemberg gedrängt. Beim nationalsozialistischen Putsch vom 25. Juli 1934 wurde er ermordet.“⁵⁶

Genauer beschrieb der österreichische Historiker Adam von Wandruszka die Atmosphäre im „christlich-konservativen Lager“:

„Eine neue Generation, die ‚Frontgeneration‘ des Ersten Weltkrieges, drängt, wie überall in Europa, so auch in Österreich, nach vorne, an die Macht, in die verantwortlichen Stellen. Es ist zugleich die Generation der Seipel-Schüler, der Schüler des späten Seipel, des bitteren Kritikers an den Auswüchsen der Parteienherrschaft, an der ‚Formaldemokratie‘, des Mannes, der in der seit 1927 eingetretenen Erstarrung der innerpolitischen Fronten immer mehr an der Möglichkeit zweifelte, mit den traditionellen parlamentarischen Mitteln an einer Gesundung des öffentlichen Lebens zu gelangen; es ist aber auch die Generation, die unter dem Einfluß der von Othmar Spann und seiner Schule zu neuem Leuchten gebrachten romantischen Stände- und Ganzheitslehre steht, während draußen, jenseits der rot-weiß-roten Grenzpfähle, in Italien, Ungarn, Polen, Jugoslawien, Portugal und schließlich und vor allem im benachbarten Deutschland korporative Ordnungen, Ständestaatsversuche, Diktaturen oder diktaturähnliche Regierungsformen sich allenthalben durchsetzen oder bereits durchgesetzt haben. Mussolini, König Alexander von Jugoslawien, Horthy, Pilsudski, Codreanu, Salazar, Brüning, Papen, Schleicher, Hitler – es ist die Stunde der ‚starken Männer‘ in Europa. Auch in Österreich hält man schon seit langem nach dem ‚starken Mann‘ Ausschau, wie in den anderen politischen Lagern, vor allem im ‚nationalen‘, so auch im christlich-sozial-konservativen . . .“⁵⁷

Weiter schrieb von Wandruszka:

„In der katholischen Akademikerschaft, im CV (Cartell-Verband), wie in den durch die Begegnung mit der deutschen Jugendbewegung entstandenen Akademikergruppen herrschen die Ideen Seipels und der Spann-Schule und zugleich streckenweise ein tiefes Mißtrauen gegen die ältere Generation der christlichsozialen Parlamentarier. Ähnlich wie im ‚nationalen‘ Lager hat sich auch hier ein starker Zwiespalt zwischen der älteren und der jüngeren Generation aufgetan, und diese Kluft wird durch das Nachwirken alter, nur äußerlich überwundener Gegensätze, vom Sieg Kunschaks und seines ‚Reichsbundes‘ über die katholische Jugendbewegung Orels in der Vorkriegszeit an, vertieft und erweitert. ‚Erneuerung‘, ‚Führung und Gefolgschaft‘, ‚Führertum‘, ‚Ständische Gliederung‘, ‚Organischer Aufbau‘, ‚Reichsgedanke‘ sind auch hier die Leitworte des Tages – trotz der Ablehnung der faschistisch-totalitären Staats-

vergötzung, die man durch ‚Universalismus‘ und ‚Organismusgedanken‘ zu überwinden hofft . . . Als Gegengewicht gegen die Heimwehr wie zur Erneuerung der Christlichsozialen Partei gründete Dollfuß die ‚Vaterländische Front‘. Durch sie sollte vor allem der zumal nach der Machtergreifung Hitlers im Deutschen Reich am 30. Jänner 1933, nun auch in Österreich in besorgniserregender Weise anschwellenden nationalsozialistischen Bewegung ‚der Wind aus den Segeln‘ genommen werden. Das historische Jubiläum des Jahres 1933, die 250-Jahr-Feier der Türkenbelagerung von 1683, schien die Gelegenheit zu bieten, mit der Erinnerung an das barocke Heldenzeitalter der Türkenkriege Österreichs eine christlich-abendländische, europäisch verankerte, neuösterreichische Ideologie zu schaffen, wobei der Mahnruf des Merkantilisten Hoernig ‚Österreich über allen, wenn es nur will‘ zum Leit- und Kampfruf erhoben wurde. Gerade um die in diesen Konditionalsatz gefaßte Frage nach dem Willen der österreichischen Bevölkerung, Dollfuß und seinem Nachfolger Schuschnigg auf dem Wege eines radikalen Staatsumbaus zu folgen, sollte dann das Ringen der nächsten Jahre gehen.

Die ‚Selbstausschaltung des Parlaments‘ in der schicksalhaften Sitzung vom 4. März 1933 eröffnete den Weg zu einer verschleierte Diktatur. Außenpolitisch boten die westlichen Demokratien moralische, das Italien Mussolinis tatkräftige erwünschte Hilfe, während Dollfuß der Gefahr der Überwältigung durch den Faschismus von außen und innen, durch Mussolini und die Heimwehr, durch den Rückhalt beim geistlichen Rom, der katholischen Weltkirche, und ideologisch, durch Berufung auf die Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘, zu entgehen suchte. Hatte doch Seipel selbst durch seine Ständelehre zur Formulierung der großen Gesellschafts- und Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘ beigetragen. Nun, nach der Selbstausschaltung des Parlaments, verwies Funder in der ‚Reichspost‘ auf die Möglichkeit, mit Hilfe der Enzyklika ‚aus dem Sumpf‘ der so unerquicklich gewordenen inneren Situation herauszukommen. Am 9. September 1933 erklärte Dollfuß dann bei der Katholikentagsfeier im Wiener Stadion: ‚Wir werden ständische Formen und ständische Grundlagen, wie sie die ‚Quadragesimo anno‘ so schön verkündet, zur Grundlage des Verfassungslebens nehmen; wir – ein kleines Land – haben den Ehrgeiz, das erste Land zu sein, das dem Ruf dieser herrlichen Enzyklika wirklich im Staatsleben Folge leistet.‘“⁵⁸

Diese Ausführungen Wandruszkas sind zweifellos sehr aufschlußreich. Allerdings wird in ihnen ein Vorgang sehr unvollkommen und offenbar bewußt verschwommen dargestellt: die Selbstauflösung der Christlich-Sozialen Partei. Im Streben nach dem Aufbau eines Ständestaats mußten die traditionellen Parteien für Dollfuß ein Hindernis sein; er ließ daher die ‚Vaterländische Front‘ bilden und damit die Parteien faktisch liquidieren. Die Selbstauflösung der Christlich-Sozialen Partei erfolgte am 14. Mai 1934. Der von Wandruszka erwähnte Nestor der katholischen Publizisten Österreichs, Dr. Funder, berichtete darüber in seinen Memoiren unter anderem:

„Das jähe Ende, das brutal und halb rätselhaft 1933 den österreichischen Parlamentarismus befallen hatte, riß in rascher Folge auch das politische Parteiwesen zu Boden. Am 14. Mai 1934 erreichte das Schicksal auch die Christlichsoziale Partei.

⁵⁶ a. a. O., S. 373 ff.

⁵⁷ „Geschichte der Republik Österreich“, herausgegeben von Prof. Dr. Dr. Heinrich Benedikt, Wien 1954, S. 337; vgl. auch: Otto Forst de Battaglia, „Zwischeneuropa“, Frankfurt/M. 1954

⁵⁸ a. a. O., S. 338 ff.

Der Personenkreis, in dem sich die von Abschiedsstimmung überschattete Feierlichkeit vollzog, war der Klub des Nationalrats, nicht die Partei, in deren Namen die Bundesparteileitung zu beschließen gehabt hätte. Aber er repräsentierte den Führerstab der Partei, und wenn er sein Präsidium, so wie es geschah, ermächtigte, 'alle mit der Liquidierung des Klubs zusammenhängenden Entscheidungen selbständig zu treffen', so war in der damaligen Periode des Abbaues der bisher gültigen politischen Formen die Tragweite der Ankündigung eindeutig. Die ausgebrochene Krise der Demokratie führte zu unabsehbaren Opfern.

Die Bedeutung des Geschehens wurde noch dadurch unterstrichen, daß Bundeskanzler Dr. Dollfuß, begleitet von fünf Regierungsmitgliedern, zu dieser Beschlusfassung erschienen war. Es nahmen an der Sitzung 62 National- und 28 Bundesräte, vier ehemalige Nationalräte, Dr. Czermak als geschäftsführender letzter Bundesparteiobmann und ich teil. Entschuldigt hatten sich Dr. Schuschnigg und die Landeshauptleute von Salzburg und Tirol, Dr. Rehl und Dr. Stumpf.

Leopold Kunschak, ihm, der die Verkörperung gelebter christlichsozialer Parteigeschichte war, fiel die Aufgabe zu, bei diesem Treffen der christlichsozialen Volksbeauftragten im Parlament Rückschau zu halten über Wesen und Wirken des christlichsozialen Führerstabes, der jetzt nach fast einem halben Jahrhundert seines Bestandes Abschied nehmen sollte von der Stätte, an der seine Mitglieder mit dem Einsatz ihrer Volksverbundenheit und Vaterlandsliebe grundsatzgetreu mitgeschaffen hatten . . .

Nach einem kurzen Überblick auf die Ministerien Dr. Ender und Dr. Buresch erinnerte Leopold Kunschak daran, daß Dr. Dollfuß, 1932 an die Spitze der Regierung berufen, damit die Aufgabe übernahm, gefahrendrohender Schwierigkeiten Herr zu werden, und es das Ergebnis seiner Politik war, daß die Lausanner Verträge schließlich zustande kamen; ohne sie hätte Österreich schweren Erschütterungen, sogar der Bedrohung seiner staatlichen Existenz, nicht entgehen können.

So sind die Gedanken und die Kräfte, die für den Bestand Österreichs und das Wohl des österreichischen Volkes aufgeboten wurden, fast ausnahmslos aus den christlichsozialen Reihen gekommen. Ohne Christlichsozialen Klub, ohne die Mitarbeit christlichsozialer Volksbeauftragter, ohne Parlament – sagte besorgt an dieser Stelle Kunschak – wird nun Dollfuß seinen Weg gehen müssen.

'Wir können', schloß Kunschak seinen parteigeschichtlichen Rückblick, 'in dieser Stunde nichts anderes tun, als zum Ausdruck bringen, daß den Bundeskanzler auf seinem weiteren Wege unsere heißesten Wünsche begleiten und daß wir alle, wenn uns auch Mandat und Zugehörigkeit zu diesem Klub nicht mehr binden, freiwillig, wo immer es sein kann, den Bundeskanzler unterstützen werden. Die Dinge liegen so, daß der Kanzler der Mitwirkung jedes einzelnen nicht entraten kann. Verfassungsgesetze konstruiert man in den Ministerien und macht sie im Ministerrat. Aber dem Gefäß den Inhalt zu geben, die Verbundenheit der Verfassung mit der Volkseele herbeizuführen, das ist das große Problem, von dessen Lösung alles abhängt. Und dieses Problem kann nicht gelöst werden, wenn nicht bis ins letzte Dorf hinaus die Menschen diese Verfassung ganz verstehen und für sie einzutreten lernen. Dazu mitzuhelfen wollen wir uns vornehmen und ausführen. Uns selber aber dürfen wir in dieser Stunde sagen: Eine ehrliche Gewissenserforschung läßt uns ersehen, daß der Christlichsoziale Klub zu allen Zeiten, von der

Gründungszeit in der alten Monarchie, während des staatlichen Umsturzes und dann im neuen Österreich, unter den härtesten Verhältnissen das Seine ohne zu wanken getan hat. Unser Gewissen ist rein. Wir treten ab von unserem bisherigen Wirkungskreis in dem stolzen Bewußtsein treu erfüllter Pflicht.'

Die Stimmen sind späterhin nicht verstummt, welche in leidenschaftsloser Erwägung die aus einem Notstand geborene Ausschaltung des zuverlässigen und unersetzbaren Helfers der Staatsführung als folgenschweren Fehler erkennen wollten.

Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der nach dem Berichte Kunschaks sich erhob, richtete an den Klub und die Christlichsoziale Partei Dankesworte 'im Namen des Vaterlandes'; unter schwierigsten Verhältnissen habe die Christlichsoziale Partei ihre Pflicht für Land und Volk erfüllt. Wenn sie nicht gewesen wäre, dann würde es heute keine Vaterländische Front geben. Der Kanzler glaubte, anfügen zu dürfen: 'Das, was in diesen Jahren lebendig geworden ist an vaterländischem Bewußtsein, hat in der Vaterländischen Front eine Form erfunden, wie wir sie in Österreich kaum jemals gesehen.'⁵⁹

Wandruszka hatte schon auf die Rolle hingewiesen, die die Katholische Kirche in ihrer Einflußnahme auf die Politik von Dollfuß spielte. Darüber gibt es noch mehr Material. In seiner Arbeit 'Der geschichtliche Ablauf der Ereignisse in Österreich von 1918 bis 1945' betonte Walter Goldinger:

'Dollfuß hatte sich . . . zu Ostern überraschenderweise nach Rom begeben. Er wollte sich über die Einstellung Mussolinis und des Vatikans zum nationalsozialistischen Deutschland Klarheit verschaffen. In beiden Fällen gab es Unsicherheitsmomente. Man wußte noch nicht, wie weit sich Deutschland und Italien angesichts der Verwandtheit der beiden Staatsideologien nahekomen würden. Der Vatikan schloß damals das Reichskonkordat ab. Bei seiner Rückkehr aus Rom brachte Dollfuß die beunruhigende Gewißheit mit, daß für Mussolini die italienischen Interessen im Donaauraum durchaus im Vordergrund standen, ohne daß er in den Fragen der großen Politik einer Zusammenarbeit mit Hitler abgeneigt war.'⁶⁰

Noch deutlicher ist der Hinweis Goldingers auf die Tatsache, daß Anfang 1934 'die Kirche durch Zurückziehung der Priester aus dem öffentlichen Vertretungskörpern dargetan hatte, daß sie von den Parteien, auch den Christlich-Sozialen, nichts, alles aber vom kommenden Ständestaat erwartet'. So wie die katholische Kirche ein Jahr früher aus dem 'Schatten der Zentrums-politik' herauswollte, so ein Jahr später die Kirche in Österreich aus dem der Christlich-Sozialen!⁶¹ Dafür erhielt sie in

⁵⁹ Friedrich Funder, 'Als Österreich den Sturm bestand', Wien/München 1957, S. 107 ff.

⁶⁰ a. a. O., S. 202

⁶¹ ebenda, S. 214 bzw. S. 223. – Überdies hat Schuschnigg in seinen Memoiren 'Dreimal Österreich', Wien 1938, festgestellt: 'So kam es nach bewegten Sommermonaten zum Zweiten Deutschen Katholikentag in Wien, der im September 1933 seinen Anfang nahm. Dieser Katholikentag war absichtlich als gesamtdeutscher Katholikentag gedacht und wurde verbunden mit der 250-Jahr-Feier der Türkenbefreiung Wiens im Jahre 1683. Kanzler Dollfuß hielt in diesem Zusammenhang am Trabrennplatz seine große pro-

beiden Fällen das Konkordat. Am 1. Mai 1934 wurde es — nach beinahe ebenso langen Vorarbeiten wie in Deutschland — publiziert.

Es kann hier nicht der Ablauf des Konkurrenzkampfes zwischen Hitler und Mussolini in Österreich geschildert werden; dieser ist auch irrelevant für das, was hier herausgearbeitet werden soll: für die Affinität des Klerikalismus zu den autoritären Regimen, seien sie faszistischer, nazistischer oder „austrofaschistischer“ Natur, vor allem aber für die Opferung der christlichen Parteien und für die damit koordinierte Beförderung der Konkordats-Politik. — Wie die Katholische Kirche in Österreich erst die Dollfußsche Nuance des Faschismus akzeptierte und förderte, so akkomodierte sie sich später der Hitlerischen Anschlußpolitik. Goldinger bemerkte hierzu:

„Auch die kirchliche Hierarchie fand sich zunächst nicht zurecht. Ihre Lage war dadurch erschwert, daß sie sich in den vergangenen Jahren allzuweit für den autoritären Staat exponiert hatte, der sich die Durchführung der Gedanken der päpstlichen Enzyklika ‚Quadragesimo anno‘ vorgenommen hatte. Einwände und Warnungen, die aus dem Kreise der früheren Christlichsozialen selbst bei der Kurie erhoben wurden, fanden wenig Beachtung... Vorerst wurde aber der Versuch einer Anpassung gemacht. Auch auf die hohen kirchlichen Würdenträger wirkte die in den ersten Tagen nach dem Anschluß noch gehobene Stimmung, die in der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den religiösen Frieden Ausdruck fand. Dazu kam, daß Papen sich für einen Besuch des Erzbischofs von Wien, Kardinal Innitzer, bei Hitler einsetzte. Daran hänge das Schicksal der Kirche in Österreich. Bei dem Empfang, der dann stattfand, gab Hitler weitgehende Zusicherungen in der Frage der Jugend-erziehung, einen Punkt, auf den es der Kirche in der Hauptsache ankam. Davon wurde nichts gehalten, obwohl sich die Bischöfe am 18. März zu einer Erklärung verstanden, in der die großdeutsche Lösung der österreichischen Frage anerkannt und die Leistungen des Nationalsozialismus auf sozialem Gebiet hervorgehoben wurden. Die Versprechungen gingen so weit, daß sich die Bischöfe zur Hoffnung berechtigt glaubten, aus einem Modus vivendi in Österreich würde auch der deutsche Katholizismus, der trotz Reichskonkordat seit Jahren schweren Bedrückungen ausgesetzt war, Nutzen ziehen können. Hitler hatte in Aussicht gestellt, er werde am Vorabend der Volksabstimmung entsprechende Erklärungen abgeben.“⁶²

grammatische Rede, in der die Überwindung der Parteien, die Beseitigung des Parteienstaats, die Schaffung der Vaterländischen Front und die Inangriffnahme einer neuen, berufsständischen Verfassung des deutschen, christlichen Österreich verkündet wurde... Der ganze Katholikentag war in seiner Vorbereitung schon stark auf den gesunden Gedanken der Verbindung echten nationalen Denkens mit katholischem Wirken aus österreichischer Blickschau eingestellt... Dollfuß, der durch Abschluß des Konkordats die in manchen Fragen ungeklärte rechtliche Lage der Beziehungen zwischen Staat und Kirche in vertraglich gesicherte Ordnung brachte, lieh dem Katholikentag gewiß die Autorität und den Glanz offizieller staatlicher Beteiligung...“ (a. a. O., S. 226 ff.)

⁶² ebenda, S. 275 f.

Es ist sehr aufschlußreich, daß auch in Österreich „Katholische Nationale“ sehr aktiv waren, die die Gewöhnung der österreichischen Katholiken an den Hitlerfaschismus betrieben (wie in Italien die von Buchheim erwähnten Klerikalfaschisten) und wie in Deutschland die rechten Kreise des Zentrums). Wandruszka nennt hierbei unter anderem die Namen von Srbik, der Anfang der zwanziger Jahre mit dem damaligen Theologieprofessor und späteren Erzbischof Innitzer im Kabinett Schober gesessen hatte, Josef Nadler, dem Germanisten, und (Natürlich!) Othmar Spann, weiter die der später allerorten unruhlich bekannt gewordenen Seyß-Inquart und Glaise-Horstenau.⁶³

Natürlich kann auch die Rolle Papens als Hitlers Botschafter in Wien hierbei nicht unberücksichtigt bleiben. Papen hatte sich schon 1931 in die österreichische Innenpolitik eingemischt, als er Ende April auf dem Parteitag der Christlich-Sozialen Partei in Klagenfurt als Vertreter der Zentrumsparterie eine „großdeutsche“ Rede hielt. Funder berichtete darüber in seinen Erinnerungen:

„Er (Papen. G. W.) pries den engeren wirtschaftlichen Kontakt der beiden deutschen Staaten als ‚die Anerkennung einer Pflicht, in einem der sozialen und wirtschaftlichen Verwüstung Europas hinstrebenden Zustand die wirtschaftliche Souveränität der beiden Staaten auch über Schwierigkeiten hinweg zu erkämpfen‘. Das war in der bedrängten Lage Österreichs eine Rede auf Hals- und Beinbruch gewesen. Die Delegierten nahmen die mit Elan vorgetragene Äußerung des Gastes mit dem respektvollen Schweigen des Hausherrn auf, der gegen seinen Ehrengast nicht polemisieren kann. Zum Glück ging die Rede in der Zeitungsberichterstattung fast völlig unter.“

Das Erscheinen Papens auf dem Parteitag hatte peinliche Begleitumstände gehabt. Er war gekommen, begleitet von einem nationalsozialistischen Publizisten, dem von seinem streitbaren Auftreten in Tirol her bekannten Herrn von In der Maur, der sich neben den Delegierten niedergelassen hatte. Der Leiter des Ordnungsdienstes, Hofrat Dr. Kolassa, mußte den ungeladenen Gast um Verlassen des Saales ersuchen. Herr von Papen entschuldigte sich, er habe seinen Begleiter, der ihm in der Deutschen Gesandtschaft in Wien zugeteilt worden sei, nicht näher gekannt.

Reichstagsabgeordneter von Papen wohnte gleich mir im Hotel Moser. In der Mittagspause begegneten und begrüßten wir einander, da wir uns seit 1928 von der Pressa in Köln und einem Kongreß katholischer Zeitungsleute in Brüssel her kannten. Papen hatte damals, wenige Jahre, bevor er in der deutschen Republik zu hohen Ämtern kam, in einer langen, mit Charme geführten nächtlichen Unterredung sich bemüht, mich — ausgerechnet mich — von den Aussichten einer monarchistischen Restauration eines hohenzollernschen Großdeutschlands, das Österreich einschließen würde — natürlich ohne Habsburger —, zu überzeugen. Das Gespräch war für mich interessant und illustrativ gewesen. Einen anderen Ertrag erhielt es nicht. Diesmal, in der Landeshauptstadt Kärntens, wurde unser Gespräch von Herrn von Papen mit der

⁶³ ebenda, S. 412

Miene eines Gekränkten eröffnet: „Ich muß Ihnen gestehen, daß ich von einem Erlebnis des heutigen Vormittags erschüttert bin. Ich habe an diese Tagung eine Begrüßungsrede gehalten, in der ich, wie ich glaube, warmen Ausdruck für die Schicksalsverbundenheit und Interessengemeinschaft Deutschlands und Österreichs gegeben habe. Auf diese Begrüßung hat sich keine Hand zum Beifall unter den Versammelten erhoben, und nicht ein einziges Wort hat, wie es sonst üblich ist, auf eine nicht bedeutungslose Rede des Gastes geantwortet. Was geht hier vor? Was ist die Ursache dieses in der Tat verletzenden tödlichen Schweigens? Erklären Sie mir dieses Rätsel!“

Herr von Papen sprach eindringlich und erregt. Ich schenkte ihm reinen Wein ein und setzte ihm freundlich auseinander, daß wir Österreicher die Freundschaft mit Deutschland ehrlichen Sinnes ehren und pflegen wollen. Aber es wäre ein Mißverständnis, daraus einen österreichischen Verzicht auf das Eigenwesen, die Freiheit unseres Landes zu erwarten. Im gemeinsamen Interesse müßten Zweideutigkeiten und Irrtümer in dieser Beziehung um so mehr vermieden werden, als eine in falsche Richtung führende Propaganda über die deutschen Grenzen zu uns hereindränge und die gute Nachbarschaft in bedauerlicher Weise störe. Mein Gegenüber möge es deshalb nicht mißverstehen, wenn auf seine Begrüßungsworte nicht das erwartete Echo gekommen sei; ich knüpfte daran die Bitte, daraus nicht die Abweisung seiner bezeugten freundlichen Gesinnung herauszulesen zu wollen.“⁶⁴

Als Dollfuß von österreichischen Faschisten ermordet worden war und sich Hitler in Österreich isoliert fühlte, mußte der „katholische“ Politiker von Papen Hitlers Positionen in Österreich zu retten versuchen. Funder bemerkte:

„In der Nacht nach jenem 25. Juli, da der Kanzler Dollfuß bei dem nationalsozialistischen Anschlag gegen die österreichische Regierung unter den Kugeln eines Putschisten verblutete, wurde Papen in Berlin aus Bayreuth von Hitler ans Telefon gerufen, der in höchster Erregung von ihm verlangte, sofort nach Wien zu reisen und dort auf dem Schauplatz der Tragödie nach dem Rechten zu sehen. ‚Sie sind die einzige Person‘, hatte ihn Hitler beschworen, ‚die die Situation retten kann. Ich flehe Sie an, meine Bitte auszuführen!‘ Als Papen am Morgen des 26. Juli in Bayreuth bei Hitler erschien, um über sein Mandat zu verhandeln, fand er dort, wie er in seinem dem Wiener Prozeß vorgelegten Memorandum berichtet, ‚Hitler und seine ganze Umgebung aufgeregt wie ein Ameisenhaufen‘; es war schwer, ein annähernd genaues Bild über den Putsch in Wien und die Rolle der Anstifter Hitlers zu bekommen. Sogar wenn jemand in voller Unwissenheit der verschiedenen Umstände in diese Versammlung gekommen wäre, so hätte er mit einem Blick ersehen, daß sie ein sehr schlechtes Gewissen hatten und nun die Folgen fürchteten.“

In seinem nächtlichen Telefongespräch aus Berlin hatte Papen noch abweisend gegenüber Hitler erklärt: „Nach allem, was geschehen ist, können Sie von mir nicht erwarten, ohne genaue Kenntnis der Erlebnisse oder der Politik, die in Wien folgen wird, eine Aufgabe zu übernehmen. Der 30. Juni hat zwischen uns eine unüberbrückbare Kluft geschaffen! Ein paar Wochen später war diese Kluft bereits geschlossen, und Papen war als von Hitler mit höch-

⁶⁴ a. a. O., S. 16 ff.

sten Versicherungen ausgestatteter Vertrauensträger in Wien mit dem Titel eines Außerordentlichen Gesandten eingetroffen. Er kam mit dem Mandat, eine Verständigung anzubahnen, die einen Akt der Versöhnung und des Friedens bezeugen und – wie es die Österreicher verstanden – vor allem auch den Angriffen auf die Freiheit und Selbständigkeit Österreichs in jeder Weise ein Ende setzen sollte. Man muß sich diese knappen Zusammenhänge vorhalten, um Papen, den Hauptakteur in dem Ablauf des Dramas, zu verstehen.

Doch es war so viel bis zur verbrecherischen Gewalt gesteigertes Böses geschehen, daß das Abkommen von dem ersten Tag seiner Geltung an von Mißtrauen umschattet war. Argwohn richtete sich gegen jeden, der als Unterhändler der Werkstatt dieses Abkommens in der Nähe kam, nicht zuletzt gegen Papen, der, im Gegensatz zu den um die illegalen Gauleiter Leopold gescharten aktionsdurstigen Plänemachern, das Abkommen brauchbar zu machen suchte für eine Politik der geduldigen schrittweisen Annäherung an das Ziel eines gewaltlosen Anschlusses. Eines Tages sollte der Anschluß wie ein reifer Apfel dem Gärtner in den Schoß fallen. Das war nun gegen das Vertragsziel, das dem österreichischen Partner vorschwebte. Wo aber Papen hinauswollte, das nagelte er später in seinem Memorandum über Österreich mit aller wünschenswerten Lesbarkeit an: „Meine erste Aufgabe auf diplomatischem Gebiet war, das österreichische Problem seines europäischen Charakters zu berauben und es langsam in ein ausschließlich internes Problem zwischen dem Reich und Österreich zu entwickeln.“

Das war die Diplomatie des Gärtners mit dem reifen Apfel. Nicht minder vielsagend versicherte Papen dem Führer und Reichskanzler Hitler in einem am 27. Juli 1935 aus Wien datierten Kurierbrief: „Der Nationalsozialismus muß und wird die neue österreichische Ideologie überwältigen.“⁶⁵

Nachdem Papen mitverantwortlich für die Liquidierung des deutschen Zentrums geworden war, wurde er nun auch noch Totengräber der Christlich-Sozialen in Österreich! Buchheim charakterisierte diese Tatsache dahingehend, daß der „Angriff der Nationalsozialisten auf Österreich die Fortsetzung des Kampfes Papens und Hitlers gegen Bayern war“.⁶⁶

VI

In diesem Zusammenhang muß noch Licht auf einige Vorgänge im Jahre 1932 geworfen werden, die mit der Entwicklung in Bayern und dem Staatsreich Papens in Preußen zusammenhängen – also mit jenen Ereignissen, die Otto N u s c h k e im Preußischen Landtag damals treffend wie folgt charakterisiert hatte:

„Der Nazi rief,
der Papen lief,
er war nicht aufzuhalten...“⁶⁷

⁶⁵ ebenda, S. 254 f.

⁶⁶ a. a. O., S. 372 f.

⁶⁷ Otto Nuschke, „Reden und Aufsätze, 1919 bis 1950“, Berlin 1957, S. 87 (Rede vor dem Preußischen Landtag am 30. August 1932)

Buchheim schrieb hierüber:

„Am 20. Juli erfolgte der entscheidende Schlag gegen Preußen: die gewaltsame Absetzung der Staatsregierung und die Unterstellung unter die Reichsgewalt. Zum Widerstand kam es nicht; die Kraft der organisierten Arbeiterschaft, die ihm hätte Rückhalt geben müssen, war durch die Wirtschaftskrise gebrochen. Die preußische Regierung protestierte nur durch eine Klage beim Leipziger Reichsgericht, der sich Bayern und Baden anschlossen. Fast alle Länderregierungen lehnten die Politik Papens ab. Ende Oktober kam der Kanzler persönlich nach München, um Bayern umzustimmen. Aber am 1. November schnitt Ministerpräsident Held in einer Rede in Stuttgart die Verbindungsfäden, die er spinnen wollte, endgültig ab. Die Haltung der politischen Kräfte Bayerns war nicht allgemein zustimmend. Der Industriellenverband und die monarchistischen Kreise glaubten der Versicherung Papens, daß er die Staatshoheit Bayerns achten werde. Sie hielten es für möglich, mit seiner Zustimmung zur Wiedererrichtung der bayrischen Monarchie zu gelangen. Der ‚Heimat- und Königsbund‘ erklärte sich für Papen. Auch nach seinem Sturz Anfang Dezember gingen diese Bestrebungen weiter. Um die Jahreswende erschienen die ‚Süddeutschen Monatshefte‘ des Professors Coßmann in München mit der Überschrift ‚König Rupprecht‘. Man wollte das Amt Kahrs erneuern und den bayrischen Kronprinzen als ‚Generalstaatskommissar‘ einsetzen. Die Führer der Bayrischen Volkspartei und Kronprinz Rupprecht selbst waren von der Untauglichkeit dieser Pläne überzeugt.“⁶⁸

Es war in dem ereignisreichen November 1932, daß sich Vertreter der österreichischen Christlich-Sozialen und der Bayrischen Volkspartei, der „Bruderpartei“ des Zentrums, trafen. Funder berichtete über diese Konferenz:

„In Salzburg trafen sich am 19. November 1932 Österreicher mit ihren bayrischen Freunden – der christlichsoziale Parteiobermann Vaugoin, Bundeskanzler Dollfuß, Landeshauptmann Dr. Rehl, Dr. Kienböck, Dr. Ramek, Parteisekretär Abgeordneter Schönsteiner, ich – und ihre Gäste: Ministerpräsident Dr. Held, der Präsident der Landtagsfraktion, Prälat Dr. Wohlmuth, die Abgeordneten Dr. Schlittenbacher, Dr. Hundhammer, Prälat Dr. Leicht und Dr. Schäfer und noch einige Herren. Der eingehende Gedankenaustausch galt zunächst der in Deutschland durch die jüngste Entwicklung geschaffenen Lage. Die Darstellung aus bayrischer Sicht war ernst, aber zuversichtlich, jäher überwältigender Ereignisse nicht gewärtig. Um die Person des greisen Reichspräsidenten konzentrierte sich der Kampf um die Macht; die Besorgnis sei, ob Hindenburg, der am Grabesrande stehende alte Mann, den in seiner Nähe nach der Herrschaft greifenden Elementen gewachsen sein werde. Alles werde darauf ankommen, daß die Nachfolgerschaft Hindenburgs in redliche Hände gelangen werde. Scharfe Kritik wandte sich gegen Papen, der als Reichskanzler und Vertrauensmann Hindenburgs die Verordnungsgewalt des Reichspräsidenten zugunsten parteipolitischer Mächte mißbrauche. In der anschließenden Österreichdebatte beschäftigte man sich mit dem Anschlußfeldgeschrei aller

⁶⁸ a. a. O., S. 371 f. – Was die Bemerkung Buchheims über die Arbeiterbewegung betrifft, muß ihnen energisch widersprochen werden. Vgl. dazu den Aufsatz Albert Nordens im „Neuen Deutschland“ vom 20. Juli 1962

nationalistischer Riten. Die Österreicher erhielten von ihren bayrischen Freunden den dringenden Rat, nicht einen Schritt in der Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit zurückzuweichen; jeder auch nur scheinbare Erfolg des nationalistischen Anschlußgelärms in Österreich komme dem gemeinsamen Feind in Deutschland zustatten. Der geführte Meinungsaustausch im Geiste nachbarlicher Freundschaft dauerte bis in die Abendstunden. Er zeigte Übereinstimmung in der grundsätzlichen und taktischen Behandlung der schicksalsschwer obschwebenden Probleme. Als sich die bayrischen Gesinnungsfreunde verabschiedeten, hatte wohl keiner von ihnen eine Vorstellung, daß wenige Wochen später der Terror, alle Schranken niederbrechend, durch Bayern rasen werde und die meisten Herren als Opfer des gegen die Bayrische Volkspartei und das Zentrum geführten Gewaltstreiches ihrer Freiheit beraubt sein würden.“⁶⁹

Die Illusionen, die die Bayrische Volkspartei 1932/1933 hatte, waren also einerseits dieselben, die die Zentrumspartei hatte; andererseits waren sie spezifischer Natur. Was die „besonderen“ Illusionen der BVP betrifft, so sei zunächst noch einmal Buchheim zitiert:

„Als Hitler in Berlin zur Regierung gekommen war, suchten Held und Schäfer durch Verhandlungen mit ihm die Schonung der bayrischen Staatshoheit zu erlangen. Sie bekamen die Versicherung, daß das Reich nicht daran denke, nach Bayern einen Kommissar zu senden. Die ‚Allgemeine Rundschau‘ legte das mit Recht dahin aus, daß es Hitler in der Tat gar nicht nötig haben würde, einen Kommissar zu schicken, weil sich dieser innerhalb der bayrischen Grenzen finden werde. Er fand sich in der Person des Generals von Epp. Am 9. März 1933 ließ Röhm die SA aufmarschieren und stellte der bayrischen Staatsregierung das Ultimatum, Epp entweder unverzüglich selbst alle Machtbefugnisse zu übertragen oder sich dem Zwang zu fügen. Widerstand war unmöglich, sobald der Münchner Reichswehrkommandeur erklärte, daß er Gewehr bei Fuß bleibe. Die Reichswehr war nicht mehr in Schleichers, sondern in Blombergs Händen und daher selbst weiter nichts mehr als ein Machtinstrument Hitlers. Mehrere Minister und Führer der Volkspartei waren in den nächsten Tagen schweren Mißhandlungen ausgesetzt. Die Partei selbst verfiel wie die übrigen nach wenigen Monaten der Auflösung.“⁷⁰

Im einzelnen hatte sich der Film der Ereignisse wie folgt abgerollt: Am 1. Februar stellte die Reichstagsfraktion der Bayrischen Volkspartei in einer Verlautbarung fest, daß die Partei keine Einladung zu einer Besprechung mit Hitler oder von Papen erhalten habe und daß daher der Vorwurf an sie (und an die Zentrumspartei), für die Auflösung des Reichstages verantwortlich zu sein, nicht zutrefte. Die Korrespondenz der Bayrischen Volkspartei schrieb dazu erläuternd, die Partei habe

„von jeher ihr Verhalten gegenüber Reichsregierungen sehr entscheidend mit von der Frage abhängig gemacht, wie die Politik dieser Regierung gegenüber den Ländern aussieht“.

⁶⁹ a. a. O., S. 69 f.

⁷⁰ a. a. O., S. 372

Weiter hieß es in diesem Kommentar:

„Das Verhalten der neuen Reichsregierung gegenüber den Ländern und gegenüber all den ernststen Problemen, die sich aus dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern ergeben, wird heute mehr denn je ein Maßstab dafür sein, ob wir es mit einer Reichsregierung zu tun haben, die nach Recht und Gesetz zu regieren gedenkt. Das ist aber die Kardinalforderung, die die Bayrische Volkspartei an jede Regierung stellen muß, daß sie eine Regierung des Rechts und der Verfassungstreue ist. Eine Regierung, die diesen Weg verläßt, wird in der Bayrischen Volkspartei ihren schärfsten Widersacher finden.“⁷¹

Ähnliche scharfe Töne gaben die führenden Männer der Volkspartei noch auf einer Sitzung des Landesausschusses am 5. Februar vor sich.

„Die klare und furchtlose Erkenntnis dieser Situation (daß nämlich das katholische Deutschland als „national minderwertig“ bezeichnet werde. G.W.), die die Erinnerung an die heroische Zeit der alten Zentrumsparthei heraufbeschwört, hat die aus dem ganzen Bayernlande erschienenen Teilnehmer am Landesauschuß mit einer Kampfbereitschaft ohnegleichen erfüllt, die in den nächsten Kampfwochen das Millionenheer der Bayrischen Volkspartei zu einer Phalanx zusammenschmiedet wird, an der die finsternen und undeutschen Pläne ihrer Gegner zuschanden werden müssen. Für die bayrische Politik hat die Bayrische Volkspartei einen Weg gezeigt, der zur Stärkung des bayrischen Staates führen soll.“⁷²

So hieß es in einem offiziellen Bericht über die Tagung. — Doch es dauerte nicht lange, da kam es — noch vor der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz — zu jenem 9. März 1933, von dem schon bei Buchheim die Rede war. Der faschistische Reichsinnenminister Frick setzte Ritter von Epp als „Reichspolizeikommissar in Bayern“ ein, Landtagsabgeordnete der NSDAP erschienen bei dem BVP-Ministerpräsidenten Held, der am folgenden Tage, am 12. März, zurücktrat. Von der „Kampfbereitschaft“ der BVP und ihrer Minister blieb nur ein „Einspruch“ der bayrischen Regierung in Berlin übrig:

„Die bayrische Regierung hat ihren Gesandten in Berlin beauftragt, beim Reichspräsidenten wegen der Maßnahmen gegen Bayern vorstellig zu werden, da sie im Widerspruch zu den gegebenen Zusicherungen stünden.“⁷³

Kaum sechs Wochen nach der Dokumentation der „Kampfbereitschaft“ der BVP veröffentlichte ihr Vorsitzender, Schäffer, am 18. März einen Aufruf „an unsere Freunde“, in dem es hieß:

„Heute nach dem Umschwung der nationalen Revolution empfinden wir die Pflicht um des Volkes willen, zur Arbeit am Staat und im Staate bereit zu sein und mitzuhelfen, die christlichen und nationalen Grundsätze im deutschen Volk und in unserer bayrischen Heimat zur Geltung zu bringen . . . In welcher Form solche

⁷¹ „Bayerischer Kurier“ vom 2. Februar 1933

⁷² „Bayerischer Kurier“ vom 6. Februar 1933

⁷³ Alle Angaben nach „Augsburger Postzeitung“ vom 11. März 1933

Mitarbeit geschehen kann, hängt nicht allein von uns ab. Wir stehen aber zusammen in dem alten und ewigen Gedanken unserer christlichen Weltanschauung, in unserer unerschütterlichen Treue zum deutschen Volk und in der Liebe zu unserer bayrischen Heimat . . .“⁷⁴

Am nächsten Tage wurde dieser Kotau des Herrn Schäffer in der Berliner Presse nicht etwa gelobt. Im Gegenteil: sowohl in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als auch in der „Berliner Börsenzeitung“ war am 19. März viel von einer „Palastrevolution“ gegen Schäffer die Rede — gegen denselben Schäffer, der offenbar in der Zeit zwischen dem 9. und dem 18. März die „Schuld“ an der Politik der BVP vor allem dem Dompropst Wohlmut zuschieben und sich selbst als einen Mann der Vermittlung zu den Nazis hinstellen wollte. Denn die „DAZ“ berichtete von Mitteilungen der „Münchener Zeitung“, der von

„einflußreichen Stellen in der Bayrischen Volkspartei die Verhältnisse in dieser Partei so dargestellt worden seien, als ob die ungenügende scharfe Opposition gegen die offizielle Politik in den letzten Jahren und vor allem seit dem Sommer des vergangenen Jahres sich hauptsächlich infolge der ganz eigenartig konstruierten Satzungen nach außen nicht habe durchsetzen können . . . Die Oppositionsführer innerhalb der Bayrischen Volkspartei berichten erst jetzt der Öffentlichkeit, daß z. B. der Wirtschaftsbeirat der Partei im vergangenen Sommer in aller Form einen Beschluß gefaßt hatte, den damaligen Reichskanzler von Papen und seine Politik zu unterstützen, daß aber auch das Bekanntwerden und die Durchführung dieses Beschlusses von Dompropst Wohlmut und dem herrschenden Kreis des Parteivorstandes verhindert worden sei.“

Im gleichen Zusammenhang wird übrigens mitgeteilt, daß die Nazis jegliche Verhandlungen mit dem Dompropst ablehnten, und

„es erscheint immerhin bemerkenswert, daß Reichskanzler Hitler bisher ausschließlich mit dem Führer der Bayernwacht, Ritter von Lex, als Vertreter der Bayrischen Volkspartei in der Frage der Regierungsbildung in Bayern Verhandlungen führte.“⁷⁵

Ritter von Lex war der erste Staatssekretär im Bundesministerium des Innern nach 1949!

In einem Leitartikel „Der Weg der bayrischen Volkspartei“⁷⁶ betonte Schäffer in der „Rechtfertigung“ der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz Anfang April 1933, diese Partei sei „mehr als eine Partei“:

„. . . sie ist eine politisch-geistige Bewegung, die von einem geistigen Erbgut zehrt, das stärker und älter als überlebte und schnell abgenützte Formen einer dahingegangenen Formaldemokratie ist . . .“

Hier haben wir dieselben Illusionen in der Bayrischen Volkspartei wie zu eben dieser Zeit (vgl. das „Hochland“-Zitat) in der Zentrumsparthei. Und Schäffer schrieb weiter:

⁷⁴ „Bayerische Volkszeitung“ vom 18. März 1933

⁷⁵ „Deutsche Allgemeine Zeitung“ vom 19. März 1933

⁷⁶ „Bayerischer Kurier“ vom 8. April 1933

„Von derselben Überzeugung aus wird die Bayrische Volkspartei auch Stellung nehmen in der Sorge für unsere bayrische Heimat. Sie bleibt ihrer Liebe und ihrem Glauben an die bayrische Heimat treu; sie gibt Bayern als Staat nicht auf; unerschütterlich hält sie am bayrischen Staatsgedanken fest . . .“

Hier haben wir die besonderen Illusionen der BVP noch im April 1933, die Illusion nämlich, es ließe sich (womöglich unter monarchistischem Vorzeichen und in einer Öffnung nach Österreich) eine spezifische föderalistische Entwicklung Bayerns ermöglichen.

Was aber war die Konsequenz? In seinen Tagebuchblättern aus den Jahren 1933/1934 schreibt Thomas M a n n (im Juni 1933):

„In Bayern Aktion gegen die Volkspartei, die im Verdacht steht, beim österreichischen Abwehrkampf die Hand im Spiel zu haben.“⁷⁷

Und der englische Historiker A. B u l l o c k berichtet in seinem Buch „Hitler“:

„Nachdem die Bayrische Volkspartei, eine Verbündete des Zentrums, hatte zusehen müssen, wie am 22. Juni ihre Geschäftsstellen besetzt und ihre Führer verhaftet wurden – unter dem Vorwand einer Verschwörung mit den österreichischen Christlich-Sozialen –, gab die Partei am 4. Juli ihre Selbstauflösung bekannt. Das Zentrum folgte ihr am 5. Juli. Die Tatsache, daß nun in Deutschland keine katholische Partei mehr bestand, ist vom Vatikan, der noch im gleichen Sommer mit der Hitler-Regierung ein Konkordat abschloß, hingenommen worden.“⁷⁸

VII

Diese Darlegungen lassen den Schluß zu, daß es also für die Charakterisierung der Rolle christlich-demokratischer Parteien im System des politischen Klerikalismus bemerkenswerte historische Paradigmen in der ersten Phase der allgemeinen Krise des Kapitalismus gibt. Gleichzeitig muß nach diesem historischen Exkurs noch einmal die gegenwärtige Situation ins Blickfeld kommen.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden christlich-demokratische Parteien in fast allen Ländern Europas, auch Osteuropas, aufgebaut, die im Keim die Anlagen hatten, Instrumente der Konterrevolution und des politischen Klerikalismus zu werden. Das betrifft unter anderem auch die CDU in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und die katholische Volkspartei, die ČSL,

⁷⁷ Thomas Mann, Gesammelte Werke, Zwölfter Band, Berlin 1955, S. 115

⁷⁸ A. Bullock, „Hitler“, Düsseldorf 1954, 4. Auflage, S. 272

in der damaligen ČSR.⁷⁹ Dadurch aber, daß die fortschrittlichen Kräfte in diesen Parteien Ende 1947 bzw. Anfang 1948 die reaktionären Kräfte im wesentlichen zu überwinden vermochten und einen neuen Kurs einschlugen, der nach und nach auf die Anerkennung der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse hinführte, wurden diese Anlagen zur Reaktion überwunden und die echten Keime wirklich christlich-demokratischen Handelns zur Entfaltung gebracht.

Wenn also die Frage beantwortet werden soll, wo heute christlich-demokratische Auffassungen Realität werden können, dann nur in der ideologischen, politischen und organisatorischen Arbeit solcher Parteien, die, wie die CDU und die ČSL, den Aufbau des Sozialismus unterstützen und sich auf den Sieg des Sozialismus orientieren.

Diese historische Untersuchung hat indirekt und zum Teil direkt zugleich das Ergebnis, daß in der Tat die Feststellungen unseres Nationalen Programms richtig sind, wonach einerseits die Großbourgeoisie in Deutschland (und nicht nur hier) das Recht verwirkt hat, die führende Rolle in der Nation zu spielen, und wonach andererseits alle positiven Traditionen des nationalen deutschen Bürgertums (und im Nationalen Programm werden ja beispielsweise Joseph Wirth und Erzberger ausdrücklich genannt⁸⁰) in der DDR im Doppelsinne dieses Wortes aufgehoben, also weiterentwickelt werden.

⁷⁹ Nähere Ausführungen über die Beziehungen zwischen CDU und ČSL habe ich auf der Konferenz der Kommission der Historiker der DDR und der CSSR Ende 1962 gemacht. Vgl. dazu zunächst „Neue Zeit“ vom 23. November 1962

⁸⁰ vgl. „Neue Zeit“ vom 27. März 1962

Hinweis

Die Schreibweise der in dieser Arbeit genannten Parteien geht durcheinander. So schreibt Funder regelmäßig von der „Christlich-sozialen Partei Österreichs“, während andere zitierte Historiker die Schreibung „Christlich-Soziale Partei“ verwenden. Ähnlich ist es mit der Italienischen Volkspartei: einige Schriftsteller verbinden die Abkürzung PPI (dem Italienischen folgend) mit einem männlichen Artikel, während andere eine Eindeutschung vornehmen und die Partei als „die PPI“ bezeichnen (diese Version wurde nach Zögern aufgenommen). Im Blick auf die Bayerische Volkspartei hätte jeweils die heute ungewöhnliche Selbstbezeichnung: Bayer. Volkspartei verwendet werden müssen; darauf ist allerdings durchgängig verzichtet worden.

Von den bisher erschienenen Titeln der Reihe „Hefte aus Burgscheidungen“ sind noch folgende Nummern lieferbar:

- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- 33 Dr. Bohuslav Pospisil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU – Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 75/76 Dr. Gerhard Desczyk: Vermächtnis und Ansporn – Fortschrittliche christliche Traditionen
- 77 Alwin Schaper: So wurde Deutschland gespalten
- 79 Dr. Heinrich Toeplitz: Der deutsche Friedensvertrag ist notwendig
- 80 Rolf Börner: Die Verantwortung der Christen bei der Lösung der nationalen Frage in Deutschland
- 81 Gerald Götting: Entscheidung des Christen für die Sache der Nation
- 82/83 Siegfried Welz: Lateinamerika tritt auf den Plan
- 84/85 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Christliche Existenz in der sozialistischen Ordnung
- 87 Zu weiteren Erfolgen in der vollendeten sozialistischen Gesellschaft
- 88 Johannes Oertel: Die Welt des Landesbischofs Lilje – Eine Auseinandersetzung
- 89 Briefe an einen Pfarrer
- 90 Fritz Beyling: Morgenröte unserer neuen Zeit
- 92 Alwin Schaper: Otto Nuschke und seine Zeit
- 94 Gerald Götting: Das Programm des Sozialismus ist das Gesetz unseres Handelns
- 95 Wolfgang Heyl: Glanz und Elend der Adenauer-CDU

- 97 Walter Bredendiek: Die Friedensappelle deutscher Theologen von 1907/08 und 1913
- 98 Gerald Götting: Wir stärken die politisch-moralische Einheit unseres Volkes
- 99/100 Siegfried Welz: Auf Sand gebaut – Die amerikanischen „Europa“-Pläne nach 1945
- 102 Alwin Schaper: Der Sieg der nationalen Selbstbestimmung im Zeitalter des Sozialismus
- 103 Heinz Willmann: Friedensidee und Friedensbestrebungen in unseren Tagen
- 104 Ulrich Kutsche: Friede in wehrhaften Händen
- 105 Hans Kistner: Blickpunkt Südafrika
- 106 Dr. Rudi Rost: Die Arbeit mit den Menschen sachkundig organisieren
- 107 Rolf Börner: Fortschrittliche Christen im 19. Jahrhundert und ihr Verhältnis zur Arbeiterklasse
- 108 Gerald Götting: Gute Planerfüllung ist die beste Außenpolitik

Verkaufspreis 0,50 DM